

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
••••• der Freien Stadt Danzig •••••  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abonnementpreise: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltigen Anzeigen 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Anzeigen bis früh 9 Uhr. — Postfachnummer Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3300.

Nr. 228

Mittwoch, den 28. September 1921

12. Jahrgang

## Das internationale Valutaproblem.

### Die weltwirtschaftliche Bedeutung des deutschen Finanzelends.

London, 27. Sept. Das starke Fallen der Mark auf der gestrigen Börse findet in der Presse besondere Beachtung. „Daily Mail“ meldet, daß eine internationale Konferenz für Markfragen, die vom Verband für gesunde Währungen organisiert ist, Anfang Dezember in London stattfinden wird, um ein Programm der Maßnahmen zu entwerfen, die notwendig sind, um die Währung der verschiedenen Länder und den Goldstandard wieder herzustellen.

London, 27. Sept. „Daily Mail“ veröffentlicht Äußerungen von Persönlichkeiten der Londoner City zur Rede Churchills über die Notwendigkeit einer Revision der aus dem Kriege entstandenen Verpflichtungen. Der Bankier Albert Kundersey erklärte: Die Streichung der Kriegsschulden werde zur Lösung des Währungsproblems von wesentlicher Bedeutung sein. Diese Maßnahme hätte jedoch bereits vor zwei Jahren getroffen werden müssen. Wenn die britische Regierung auf die Groß-Britannien geschuldeten Beträge verzichten würde, so würden die Vereinigten Staaten dem Beispiel folgen. Laut „Daily Mail“ wünscht die City zu wissen, ob die Äußerungen Churchills seine persönliche Ansicht darstellen oder Beschlüsse ankündigen, die das Kabinett fassen will. Eine diesbezügliche Erklärung Lloyd Georges werde mit Spannung erwartet.

London, 27. Sept. Am 11. Oktober beginnt in London eine vom Rat zur Bekämpfung des Hungers und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau sowie von der Friedensgesellschaft veranstaltete internationale Konferenz, auf der die Fragen der wirtschaftlichen Gesundung und des Weltfriedens erörtert werden sollen. Daran nehmen teil Delegierte aus England, Frankreich, Deutschland, Italien, Holland, Ungarn, Österreich, Schweden und Japan.

### Französische Beschwerde über die Organisation der deutschen Polizei.

Berlin, 27. 9. Der Vorsitzende der interalliierten Militärkontroll-Kommission General Nollet hat an das auswärtige Amt nachstehende Note gerichtet: Nach dem Schreiben der interalliierten Militär-Kontroll-Kommission vom 12. Mai mußte die Durchführung der auf die Polizei bezüglichen Bestimmungen der Note von London bis zum 15. Juli beendet sein. — Es ergibt sich nun aber aus den Feststellungen der Kontrollorgane nach dem Stande vom 1. September, daß bei einem Teil jener Bestimmungen noch nicht einmal mit der Durchführung begonnen ist. — Hinsichtlich der Organisation ist keinerlei Veränderung an der Zentralisation der Verwaltung vorgenommen, obwohl die Pariser Note ausdrücklich jede Zentralisation (auf irgend einer Stufe oder in irgend einer Weise) unterlagert hat. Andererseits ist die gegenwärtige Schuttpolizei in taktischen Einheiten organisiert, militärisch eingeteilt, instruiert, ausgerüstet, kaserniert und im Überflus mit technischem Gerät und Material ausgestattet worden. Sie hat den Charakter einer mobilen Streitkraft sich gewahrt. Sie wird von einem Orte des Reichsgebietes nach einem andern mit eigens aufgestellten Einheiten — ganz wie die Reichswehr — verlegt. Die gegenwärtige Polizei hat also aus den in der Note von Boulogne gemachten Zugeständnissen Vorteile gezogen, ohne den Verpflichtungen unterworfen worden zu sein, die als Bedingungen an die zugesagten Verstärkungen geknüpft worden sind. — Die alliierten Regierungen haben aber einer Vermehrung der Stärke und einer Verbesserung der Bewaffnung der Polizei nur unter der ausdrücklichen Bedingung zugestimmt, daß sie ihren alten Charakter unter Ausschluß jeden militärischen Charakters wahren müsse.

Hinsichtlich der Stärke hat die deutsche Regierung eine allgemeine Verteilung unter die deutschen Länder vorgenommen, die mit den Bestimmungen der Note von Paris übereinstimmt. Die Schwierigkeiten aller Art jedoch, mit denen die Kontrolle zu kämpfen hat, haben sie verhindert, festzustellen, ob diese Verteilung von einzelnen Ländern auch genau eingehalten worden ist. Uebrigens ist seit der Note von London keine Verminderung der Polizeistärke festgestellt worden, obwohl diese damals die zugestandene Zahl überstiegen. Was die Schulen anbelangt, so hat sich seit der Note von London ebenfalls keine Veränderung feststellen lassen, weder hinsichtlich ihrer Zahl noch hinsichtlich ihrer Organisation. Bei dieser Sachlage beehrt sich die Kommission, darum zu ersuchen daß ohne neuen Verzug die notwendigen Veränderungen vorgenommen werden, um die Organisation der Polizei in Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages und den ergänzenden Entscheidungen der alliierten Regierungen zu bringen. Sie verlangt ferner: a) daß ihr die Uebersicht der vollständigen Stärke nach Orten überandt werde, wobei die verschiedenen Kategorien der Polizei auseinander zu halten sind, b) daß ihr die Listen der kommunalen und der staatlichen Polizeischulen nach dem Stande von 1913—1921 über-

sandt werden. Sie dringt endlich darauf, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um der Kontrolle der Polizei (Stärken, Schulen und Depots) völlig freie Ausübung zu ermöglichen.

### Französische Befürchtungen für die Washingtoner Konferenz.

Paris, 27. Sept. Nach dem diplomatischen Berichterstatter der „Chicago Tribune“ wird in gewissen französischen Kreisen angenommen, daß die Vereinigten Staaten einige französische Agentenbestimmungen im Stillen Ozean zu erwerben suchen. Es werde befürchtet, daß auf der kommenden Abrüstungskonferenz die amerikanische Regierung den Verkauf der Marquesas- und Gesellschaftsinseln mit Einschluß von Tahiti vorschlagen werde.

### Wilson gegen den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag.

New York, 27. Sept. (BIB.) Funkpruch. „Tribune“ meldet aus Washington: Gleichzeitig mit der plötzlichen Bestätigung der demokratischen Opposition gegen den deutschen Friedensvertrag im Senat hat sich herausgestellt, daß Wilson sich der Ratifikation widersetzt.

Mit dieser erheiternden Stellungnahme scheint der politisch längst tote Wilson den Nachweis erbringen zu wollen, daß er sich mit der Verwirklichung seiner vierzehn Punkte in Versailles nicht genug biamtiert hat.

### Die freien Gewerkschaften zur Oppauer Katastrophe.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Afa fordern zu der Katastrophe in Oppau, daß die durch die Katastrophe als völlig unzulänglich erwiesenen Unfallverhütungsvorschriften einer grundlegenden Nachprüfung unterzogen werden. Die bestehenden völlig ungenügenden Unfallentschädigungsbestimmungen machten ebenfalls die sofortige Inangriffnahme einer Reform der Unfallversicherung und der Reichsversicherung notwendig. Zur sofortigen Vinderung der entstandenen Notlage sei durch Reichsgesetz zu bestimmen, daß eine der Gesamtentwertung Rechnung tragende Entschädigung den Betroffenen und ihren Hinterbliebenen zu zahlen ist. Zur Deckung der zu leistenden Entschädigungssummen seien die mit dem Oppauer Werk verbundenen Industriefongerne in stärkstem Maße heranzuziehen.

### Der Arbeitsplan des Reichstages.

Berlin, 27. Sept. Der Vorkonferenzrat des Reichstages beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung vor der Plenarsitzung mit dem Geschäftsplan für die nächsten Tage. Morgen wird das Unglück in Oppau zur Besprechung kommen. Am Donnerstag soll keine Plenarsitzung stattfinden, damit der auswärtige Ausschuss den amerikanischen Friedensvertrag behandeln kann und die Fraktionen zu den allgemeinen politischen Fragen Stellung nehmen können. Am Freitag wird die große politische Aussprache beginnen, die an die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. August und die dazu gehörigen Interpellationen angeknüpft wird. Am Freitag wird wahrscheinlich auch der amerikanische Friedensvertrag im Plenum behandelt werden. Nach dem Abschluß dieser Debatten soll der Reichstag bis zur Beratung der Steuervorlagen im letzten Drittel des Oktober vertagt werden.

Das Reichstagsgebäude ist heute in den Reichsfarben geflaggt, so wird es in Zukunft nach besonderer Verordnung des Präsidenten Osbe in Zukunft an allen Tagen, wo Plenarsitzungen stattfinden, gehalten werden, eine Gepflogenheit, die auch von Parlamenten anderer Länder geübt wird.

### Schon wieder eine neue kommunistische Partei.

Einer Korrespondenzmeldung zufolge haben sich die Abgg. Dr. Levi, Matzahn, Reich, Dümell, Geiger jun., Däumig und Adolf Hoffmann sowie der Abgeordnete Madwöh im Reichstag zu einer eigenen Gruppe, der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, zusammengeschlossen. Diese Fraktionsbildung dürfte nach der Korrespondenz der Kuffakt zur Gründung einer neuen kommunistischen Partei sein, die sich von Rostau unabhängig halten will.

## Aufbau und Wiedergutmachung.

Von Kurt Saturnus.

Die nachfolgenden Ausführungen verdienen gerade im Vergleich mit der gestern von uns veröffentlichten Rede Churchills höchstes Interesse. Wir werden darin zum Ausdruck kommende Tendenz der sozialistischen Reformen der Weltwirtschaft in den nächsten Tagen noch in Parallele zu Churchills Ausführungen stellen. Red. der „Danziger Volksst.“

Der Vertrag von Versailles tracht in allen Fugen. Nachdem zuletzt im Londoner Ultimatum eine provisorische Lösung der strittigen wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen gesucht worden, trägt sie schon nach wenigen Monaten alle Kennzeichen eines moribunden Gebälks. Keiner getraut sich mehr heran. Sieger und Besiegte, Gläubiger und Schuldner stehen staunend oder besorgt vor der Erkenntnis, daß es so jedenfalls nicht geht. Die Kohlenlieferungen, um deren Höhe Frankreich noch in Spa kaum vor einem Jahre unter beifälliger Miene Stinnes' fast seine Truppen in Marsch gesetzt hätte, hat man ohne alle diplomatischen Aufregungen schon vor Monaten ganz von selbst herabgesetzt. Neuzubauende Schiffe verlangt man nicht mehr, ebenso verzichtet man auf die deutschen Teerlieferungen. Die Beratungen über die Sachlieferungen zum Wiederaufbau Frankreichs drehen sich auf der gegnerischen Seite viel weniger darum, daß man möglichst schnell und möglichst alles benötigte Material erhielt, als darum, wie man sich von der Pflicht, Sachlieferungen in Zahlung zu nehmen, freimachen könnte. Um so ängstlicher aber steht man auf den Devisenkursetzungen und stellt fest, daß die Vernichtung der deutschen Zahlungskraft alle Träume auf Goldentschädigung nach dem Rezept der Chauvinisten Internationale der Gewalt zunichte zu machen droht.

Nicht lange mehr kann es dauern, bis die Krise des Friedensvertrages zum offenen Ausbruch kommt. Banken und Industrie, für die die Wäldererrichtung trotz des Produktionsrückganges ein glänzendes Geschäft geworden ist, beginnen einzusehen, daß sich an der mitteleuropäischen Platte auch verdienen läßt und wollen dem Reiche Goldgeld leihen. Frankreich fängt an zu merken, daß Fochs Sabel an der Macht ökonomischer Laftachen und internationaler Freundschaftsinteressen auch nicht mehr viel ändern kann. Und so ist es vielleicht nur noch eine Frage von Monaten, bis die Einsicht durchbricht, daß der Wiederaufbau der Welt ein Problem der internationalen Wirtschaftssolidarität ist. Dann aber wird es Zeit, sich auf die ökonomische Kraftanstrengung vorzubereiten und nach Wegen zu suchen, die aus dem Marasmus des Wäldererrichtes und des von Humanitätspfrassen umbräuteten Handelskrieges heraus und zur Verstärkung der Wälder führen. Der Aufbau der Weltwirtschaft hat dann aufgehört, ein Tummelplatz für Anreizhosen und friedliche Durchdringer, für Krämer der Waffe und des Rammons zu sein. Er wird zur Aufgabe, die mit dem höchsten Aufgebot ökonomischer und sittlicher Kraft, mit klarer wissenschaftlicher Zielfestlegung und zweckmäßiger, alle Reibungen der Interessengruppen ausschaltender Organisation gelöst sein will.

Hier hat Parvus in einer Reihe von Artikeln in der „Globe“ eine Lösung gewiesen, die jetzt in Buchform im Verlag für Sozialwissenschaft (Preis 60 Mk.) erschienen sind, und die für sich in Anspruch nehmen können, der erste umfassende Plan zur Überwindung der internationalen Kriegsfolgen zu sein. Parvus geht aus von dem Wiederaufbau der besetzten Gebiete, den er unabhängig von dem schwankenden Geldwerte der Anlagen und den Gesteinskosten der Wiederherstellung durchgeführt sehen will. Doch das ist nur die eine Seite. Frankreich braucht auch Geld, die deutschen Reichsfinanzen aber sind unterwühlt durch die Systemlosigkeit der Steuern und durch eine von Tag zu Tag um hunderte von Millionen anwachsende Schuldenlast. Das Zentralproblem lautet nicht Wiederherstellung des Exports allein, sondern Wiederherstellung der deutschen Produktionskraft ganz allgemein, für die eine Neubelebung der Konsumkraft wohl die wichtigste Voraussetzung ist. Zur Wiederherstellung der Gütererzeugung aber bedarf es der Beseitigung der Kriegsfolgen in der eigenen Währung und Wirtschaft, also in allererster Linie großer internationaler Kredite. Alle diese Momente trängen zu einem großzügigen Wirtschaftspläne. In seinem Mittelpunkt steht die Zusammenschaltung der wichtigsten und für den Wiederaufbau der deutschen Gütererzeugung wie der zerstörten Gebiete grundlegenden Industrien mit dem Ziele ihrer durchgreifenden Rationalisierung. Eine Beteiligung des Reiches nach Maßgabe des von ihm durch die Eisenbahn eingebrachten Anlagekapitals, also zum mindesten mit etwa 10 Milliarden Goldmark, würde ihm seinen steuerlichen Anteil am Ertrage der Produktion sichern. In den Konzern gehören alle diejenigen Industrien, die infolge ihrer Zusammengehörigkeit und der gegenseitigen wirtschaftlichen Bedingtheit heute schon sich in einer Reihe horizontaler — Syndikate — oder vertikal — Trusts — organisierter

reicher Privatunternehmungen zusammengefunden haben, so: Bergbau, Hütten, Steine und Erden, Maschinenbau, chemische Industrie, Leuchtstoffe und Fette, Baugewerbe, Banken, Versicherungen und Verkehrsgewerbe. Dieses letztere, das heute in den staatlichen Eisenbahnen, in den kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Straßenbahnen usw., isoliert von der Entwicklung der anderen Wirtschaftszweige steht, bedarf des Anschlusses an die Gesamtwirtschaft, der es dient, und von der es seine Produktionsmittel bezieht. Barous rechnet damit, daß der Konzern durch Erhöhung seines Kapitals 22,5 Milliarden Gold neu anbringen kann, wovon der Staat 10 Milliarden erhält, während das übrige zur Stärkung der Produktion bleibt. Man vergleiche diese 10 Goldmilliarden mit der Summe, die die Industrie dem Reiche teilweise besorgen will, man stelle sogar ruhig noch Rechenfehler ein — und man sieht, wie himmelhoch sich die ökonomische Kraft der organisierten Massenindustrie von dem Unvermögen der miteinander streitenden Interessengruppe abhebt!

Also eine Art Trust-Planwirtschaft? — Ja! Aber keine Konstruktionen, die von der Union ausgehen, man brauche die Unternehmer nur schön zu bitten oder ihnen ein paar Duzend Paragraphen hinzustellen, um sie zu einer Gemeinwirtschaft zu bestimmen. Barous' Vorschläge fußen auf der Tatsache, daß der Wiederaufbau als eine Aufgabe aufgefaßt werden muß, die die Wirtschaft der nächsten Zeit beherrscht, nicht als eine Bagatelle, die so nebenher durch die Privatinitiative der Unternehmer miterledigt werden kann. Noch fehlt das Bewußtsein dieser Aufgabe in der nationalen Wirtschaftsführung. Es zu wecken, wird dieses Buch sicherlich stark beitragen. Auch in anderer Richtung ist es reich an Lehren und Anregungen. Hier ist nämlich der Aufbau eines gemischtwirtschaftlichen Trusts unter dem Gesichtspunkt des vorhandenen Bedarfes gedacht, der bereits organisiert ist oder jedenfalls organisiert werden muß. Der Bedarf ergibt sich aus den tatsächlichen Forderungen des Wiederaufbaues, angefangen von der Kreditbeschaffung bis zum Wohnungswesen oder den Sachlieferungen an Frankreich — eine Gedankenkette, wie sie früher mit anderen Zielen und engerem Wirkungsbereich von Forten aufgestellt worden ist, und die im Grunde dem Genossenschaftssozialismus eng verwandt ist. Es besteht überdies kein Zweifel, daß die Bedürfnisse des Staates, zumal der Eisenbahnen, der deutschen Werke usw. zu einer Konzentration dieser Art drängen, ganz gleich, wie sich die übrige Industrie dazu stellt. In diesen Fragen bringt das Buch wertvolle Hinweise. So ist die Schrift ein Wegbereiter einer Fülle von Ideen, die sich zum Teil noch dunkel aus der wirtschaftlichen Zeitgeschichte herausheben, die aber mit jedem Tage, wo der Vertrag von Versailles zerfällt und wo die Not des Reiches wie der Vertragsstaaten steigt, ihrer Reife näherkommen.

### Die nächste Konsequenz der Öblicher Resolution.

Reichsfinanzler Dr. Wirth hatte gestern nachmittag mit dem Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann eine Besprechung über die Frage der Kabinettsneubildung im Reiche. Der „Völkischen Zeitung“ zufolge sind gestern auch die Führer der Zentrumsfraktion des Reichstags beim Reichsfinanzler erschienen, um die allgemeine politische Lage zu erörtern. Die Sozialdemokraten folgten heute.

Ueber die Aussichten der Kabinettsumbildung äußert sich der „Vorwärts“ nicht gerade sehr hoffnungsvoll. Das Blatt schreibt: Ob eine Verbreiterung der Koalition zustande kommt, ist noch ganz ungewiß. Auf Anträgen gegen Wirth lassen wir uns nicht ein.

Es bedürfte ja nur eines verantwortungsbewußten Entschlusses der Unabhängigen, um statt einer Verbreiterung der Regierungskoalition nach rechts eine solche nach links durchzuführen. Aber auf ein solches Maß von Einsicht und Tatkraft kann leider einstweilen bei den Unabhängigen noch nicht gerechnet werden.

### Hochkapitalismus und Not des Volkes.

Aus Berlin schreibt uns Kurt Geinig:  
Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat es sich durch einen Briefwechsel zwischen dem Reichsfinanzler Wirth und seinem Vorsitzenden, Geheimrat Rießler, schriftlich geben lassen, daß seine Mitglieder keiner unparitätischen Handlungen schuldig seien. Das ist ein Zustand so großer Wortspielerei, daß man über seine Zergliederung berathe die Ursachen verweisen könnte, die zu dem Briefwechsel geführt haben.

In der Burgstraße zu Berlin, der Gegend, wo die Börse steht, wissen sogar die verschiedenen Sparrentenwägen-Sammler, die dort ständig ihren Gewerbe haben, daß ein Dollar in erster Linie deswegen wert 105 Mark kostet, weil ihn das Reich braucht. Jeder vier Wochen alle fünfzig in der letzten Depotkassette der Deutschen Bank kennt den Gifer seiner Herren, möglichst viel spekulieren zu lassen, denn die Bank verdient dabei stets, ganz gleich, ob es aufwärts oder abwärts geht. Die Ständigen wissen, daß wir in einer Hochkonjunktur der inflationistischen Selbstverwertung leben, und richten sich danach. Alle Banken ohne jede Ausnahme müssen sich an der künftigen deutschen Valuta, und das nicht einmal, sondern zweimal, einstecken: Einmal der Wert des deutschen Geldes, dann folgt notwendigerweise der Kurswert der deutschen Inhaberpapiere. Das alles und noch vieles mehr weiß die Reichsregierung. Sie sieht die Entwertung der deutschen Mark und muß es bei ihrem Einkauf goldwertiger Zahlungsmittel ebenfalls teuer genug zahlen. Es ist bekannt, daß beim Einkauf der jüngst durch die Reichsregierung gelieferten ersten Goldmilliarde die ganz großen deutschen Geldleute jeweils zwei Milliarden Papiermark verdient haben.

In dieser Not spricht der Reichsfinanzler von dem Rang der Unterstützung, unter dem das Reich bei seiner Defizitaufklärung zu leiden hat. Jeder, der auch nur eine blasse Ahnung von den Vorgängen hat, bebauert, daß Dr. Wirth nicht noch ein bißchen, schärfer und offener gesprochen hat. Da kommt die Organisationskommission der Banken und Bankiers und läßt sich belacheln, daß das, was alle Welt weiß, daß das, was der Reichsfinanzler viel zu vorsichtig nur angedeutet hat, nicht wahr sei!

Ein so objektives Blatt wie die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt unabweisbar, daß die Banken und Bankiers eine Heberanzwärtigkeit an den Tag legen, die man zweifellos ausfallen sollte. Wir glauben, daß ein objektiver Beobachter der gegenwärtigen Wirtschaft die Tatsache, daß wir uns in einer Epoche des Hochkapitalismus befinden, gar nicht leugnen kann.

In den Redaktionen der Nationalökonomie gilt die Bewegung der Börse nur als Reflexbewegung der wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Verhältnisse eines Landes. Die Finanzzeit, daß das Börsengeschäft oft genug nur ein Spiegelbild ist. Man will nämlich verstehen, bewegen wolle, was daraus, daß Deutschland ein noch weiter Reigen werde, und so.

### Die deutsche Strafrechts- und Strafprozeßreform

Leipzig, 25. Sept. Aus dem Reichsjustizministerium erzählt das N. N. B.

Der Wunsch, an der Nachprüfung der Strafgesetze einen in weit größerem Umfang als bisher zu beteiligen, wird durch die Forderung der großen Strafrechtskommission erfüllt werden. Diese Kommission hat es darauf an, das Strafgesetzbuch der Personen, die zur Mithilfe an der Strafgesetzgebung herangezogen sind, andererseits den Kreis der Strafgesetze, die durch die Mithilfe der Strafgesetzgebung herangezogen sind, möglichst zu erweitern. Diese Erweiterungen haben schon vor einiger Zeit dahin geführt, die Lage der Strafgesetze und Gesetzmäßigkeiten zu erhöhen, um dadurch allen Kreisen der wachsenden Bevölkerung, namentlich der Arbeiterklasse, die Teilnahme an der Nachprüfung mehr als bisher zu ermöglichen. In gleicher Richtung bewegt sich ein zurzeit dem Reichsrat vorliegender Gesetzentwurf, wonach von den Strafvollzugsbehörden in den Ausschüssen für die Auswahl der Strafgesetze und Gesetzmäßigkeiten Vertrauensmännern Tagelöhner gewährt werden sollen. Ein Gesetzentwurf der bei Frauen den Zugang zum Strafvollzug und Strafvollzugsanstalten eröffnet, liegt, wie bekannt, bereits dem Reichsrat vor. In Vorbereitung befindet sich ein Gesetzentwurf, der eine Umformung der Strafgesetze bringt. In den Sachen, in denen bisher die ausschließlich mit Berufsleuten besetzten Strafkammern urteilten, sollen künftig Strafrichter mitwirken. Außerdem soll in diesen Sachen, ebenso wie es schon heute gegenüber den Urteilen der Strafrichter der Fall ist, die Berufung zugelassen werden und auch die Berufungsgerichte sollen mit Strafrichtern besetzt werden. Die Wahl der oben erwähnten Vertrauensmännern soll künftig nach dem gleichen und geheimen Wahlrecht und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl geschehen. Die Mithilfe der Strafrichter bei der Aufstellung der Jahresliste der Strafvollzugsanstalten soll wefallen; die Jahresliste soll vielmehr unmittelbar von dem zur Auswahl der Strafrichter berufenen Ausschuss aufgestellt werden.

Auf dem Gebiete des materiellen Strafrechts haben zurzeit dem Reichsrat der Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes und der Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung der Geldstrafe, eine Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Geldstrafe und im Zusammenhang damit eine wesentliche Einschränkung der kurzzeitigen Freiheitsstrafen vorliegen. Beide Entwürfe werden voraussichtlich in kürzester Zeit im Reichsrat zur Beratung gelangen. In der Ausarbeitung begriffen ist ferner ein Entwurf, der die politischen Strafvollstreckungen des geltenden Strafrechtsbuches den neuen staatsrechtlichen Verhältnissen anpaßt. Dabei wird auch auf einen wirksameren Schutz der verfassungsmäßigen Staatsform und ihrer Repräsentanten Bedacht genommen werden.

Neben diesen Gesetzentwürfen gehen die Arbeiten an der allgemeinen Reform des Strafrechts weiter. Der im Anfang dieses Jahres veröffentlichte Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch hat Anlass zu einer Reihe mehr oder minder eingehender Kritiken gegeben; gleichzeitig sind die Landesregierungen ersucht worden, zu den Vorschlägen des Entwurfs Stellung zu nehmen. Die Ergebnisse der öffentlichen Kritik und die Reaktionen der Landesregierungen werden die Grundlagen für die Aufstellung der Regierungsvorlage bilden, die mit größter Beschleunigung fertiggestellt werden wird.

### Der Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft.

Im Monat August sind laut „Frankfurter Zeitung“ 76 Aktiengesellschaften neugegründet worden mit 273,28 Millionen Mark Kapital. 118 Gesellschaften haben Anträge auf Erhöhung ihres Aktienkapitals gestellt und zwar um insgesamt 645,80 Millionen, darunter 20 Gesellschaften der Metall- und Maschinenindustrie eine Erhöhung um 112 Millionen und 29 Gesellschaften der Nahrungs- und Genussmittelindustrie um 85 Millionen. Den größten Kapitalbedarf hat im laufenden Jahre die elektrische Industrie zu verzeichnen gehabt, die eine Milliarde 14 Millionen neues Aktienkapital und eine Milliarde 148 Millionen Obligationen investieren ließ. Der Hauptanteil dieser Beträge fällt auf die Süddeutschen Kraftwerke zur elektrischen Ausnutzung des Rheins und Neckars sowie verschiedener kleinerer Flüsse und Seen, die ein Grundkapital von 805 Millionen besitzen und bisher 700 Millionen Obligationen ausgegeben haben, wozu noch 350 Millionen der Neckar-Aktiengesellschaft treten. Zurzeit werden von den Aktiengesellschaften in Ludwigshafen 230 Millionen neuer Aktien aufgelegt.

### Die Revisionsbedürftigkeit der Friedensverträge.

Wien, 25. Sept. Der englische Publizist Diller äußert sich im „Neuen Wiener Tageblatt“ über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die schließlich zu einer Weltkatastrophe führen müßten.

Die Interessenten, und nicht zuletzt die Großbanken, verbreiten geflissentlich die Auffassung, daß es die Wirtelbankiers und die wilden Spekulant, die nicht berufsmäßigen kleinen Devisenspieler seien, die die deutsche Mark so ungeheuerlich entwertet hätten. Manches ist richtig an dieser Behauptung. Man soll aber doch nicht vergessen, daß das Interesse der Großbanken und vieler Exportfirmen in gleicher Richtung geht, nur mit dem einen Unterschied, daß das, was dort mit Hundertmarktscheinen angestrebt wird, hier mit Hundertmillionen-Einzelmünzen erzwungen wird.

Das neuerliche Sinken unserer Valuta kommt in seinen Auswirkungen einem verlorenen Kriege gleich. Wenn der Dollar 105 Mark wert ist, was soll dann amerikanischer Weizen, amerikanisches Schmalz kosten? Im vergangenen April kostete ein Kilogramm Baumwolle in Bremen 17 Mark, jetzt verlangt man dafür 30 Mark, das ist eine Steigerung um rund 300 Prozent!

Hohe Preise erschicken den Konsum. Hinter der Periode des Hochkapitalismus lauert das Elend. Sinkt die Mark, dann laßt sich das Ausland, ohne daß wir für den Erlös ernsthaft zu kämpfen bekommen. Diese geringere Einnahmen genügen nicht, um ernsthafte Einkäufe von Rohstoffen vorzunehmen. Das Deutsche Reich wird dann überhaupt nicht mehr in der Lage sein, die nötigen Devisen aufzukaufen. Für die erste Goldmilliarde mußten schon jetzt schon Papiermarktausgaben ausgegeben werden.

Wo schließt sich dieser finstere Kreislauf?  
Das Deutsche Reich muß dann seine Steuern erneut erhöhen, um die Beträge einzubringen, die es braucht, um die durch die „Patrioten“ hochverkauften Dollars heranzuschaffen zu können. Auch bei dieser seiner Steuerarbeit wird es den gefühllos gewordenen kapitalistischen Kreisen reinigen, sich auf tausend Wege um ihre Pflicht herumzuschleichen. So wird Deutschlands Not erneut ausschließlich auf den weiten Massen der in Lohn und Gehalt stehenden, des kleinen Mittelstandes, den Beamten lasten.

In immer weiteren Kreisen hört man Warnungen. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ des Herrn Sinaas ist die rechts-völkische „Reichliche Zeitung“ mit dem offenen Bekenntnis geblieben, daß heute die in Lohn und Gehalt stehenden die einzigen sind, die ihrer Steuerpflicht in vollem Umfang nachkommen, die keine Steuern hinterziehen.

So trägt die Masse des Volkes den Hochkapitalismus, dessen Aufrechterhalten und alles genießen, was für Geld käuflich ist. Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er zerbricht. Aber mit dem Wasser, das aus dem zerbrochenen Krüge fließt, würde auch Deutschlands wirtschaftliches Leben verfließen. Das Wasser wird nicht bulden.

Die Verantwortung für das Komende trägt die Reichsregierung. Ihre Aufgabe ist es, beiseite zu räumen, zur rechten Zeit den Anker zu zeigen. Will man weiter auf so noch auf unsere Führer hören, erreichen auch sie nicht, daß man den rettenden Weg einschlägt, dann gehen wir politisch und wirtschaftlich tiefer für räumlich gefüllten Rücken entgegen.

Die Hauptursachen dieser Katastrophe würden diejenigen sein, die die geheimen wirtschaftlichen Fäden zwischen den Nationen nicht erkennen wollten. Einer der Hauptfaktoren, durch die eine Weltkatastrophe vorgebeugt werden könnte, sei der, daß Amerika nicht überflüssig in den Erzfors nach Gold herausgeben und in dem Dienst der Weltwirtschaft stellen müsse. Ein weiterer, wohl ebenso wichtiger Faktor sei, daß einer Revision der wirtschaftlichen Bedingungen der Friedensverträge, namentlich des Versailler Vertrages.

### Der Hunger auch in Polen.

Die allgemeine Hungerkatastrophe in Polen, die Drangsalierung der Bauernbevölkerung und die Finanzwirtschaft haben auch auf die landwirtschaftliche Produktion äußerst nachteilig gewirkt. Die Produktion in der Landwirtschaft ist zurückgegangen und in noch höherem Maße die Intensität der Bodenbewirtschaftung. Die hochentwickelten und modern arbeitenden Güter und Wirtschaften der ehemals deutschen Gebiete sind zum größten Teile in ihrer Leistungsfähigkeit lähmgelegt. Viele der großen Güter sind ungenutzbar in polnische Hände übergegangen. So kommt es, daß in Polen, trotz der außerordentlich günstigen Witterungsverhältnisse, die an einzelnen Stellen große Erträge brachten, für die Ernährung der Gesamtbevölkerung mindestens 100 000 Waggons Getreide fehlen. Man rechnet damit, daß die Getreidevorräte schon im nächsten Frühjahr aufgebraucht sein werden.

Dann wird man gezwungen sein, ausländisches Getreide zu kaufen. Das kostet aber heute nach dem augenblicklichen Stand der polnischen Valuta ungefähr 100 polnische Mark pro Pfund.

### Polnische Finanzreformpläne.

D. E. Das Kabinett Bonikowski bleibt weiterhin unvollständig; der Vermögensminister Wagniewski hat bereits wieder demissioniert. Auch über das im Augenblick wichtigste Ressort des Finanzministeriums ist noch keine definitive Regelung erreicht worden. Der Hauptantrag für diesen Posten, der Direktor der Landesbank Michalski, hat seine Bedingungen in einer Denkschrift niedergelegt, in der er eine erweiterte Befugnis des Finanzministers in Bezug auf die Finanzen der Einzelministerien, besonders des Kriegs- und Außenministeriums, fordert. Aus Gründen der Sparmaßnahme verlangt die Denkschrift die Suspension der Agrarreform, ferner fordert sie die Aufhebung des Achtstundentages, Vereinfachung des Steuersystems und Vereinfachung der Steuerregulativen. Diese Bedingungen rufen Schwierigkeiten im Ministerrat und in den Parteien hervor. Die Mitte-Gruppe opponiert gegen die Verschiebung der Agrarreform, die Sozialisten widerstreben der Einführung des Achtstundentages. Infolgedessen ist die Kandidatur Michalskis im Schwebestand.

### Staatsstreikgelüste in Polen.

D. E. Die Krakauer „Nowa Reforma“ schreibt, man spreche immer lauter von Vorbereitungen zu einem Staatsstreik und von einer kommenden Diktatur; da es nicht feststehe, welche politischen und sozialen Kräfte dabei mitwirken würden, sei es unmöglich vorzusagen, wie weit solche Pläne auf Erfolg rechnen könnten. Ein gestörter Staatsstreik trage die Anerkennung in sich, aber immer verbleibe ein Risiko, welches vom ganzen Volke getragen werden müsse. — Die „Nacpopolnia“ weist auf den fatalen Einbruch hin, den solche Preisauflösungen machen würden, und meint, ein Staatsstreik würde Polen endgültig im Urteil des Auslandes in den Abgrund stoßen und die Zerrüttung im Innern vollenden.

### Die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge des englischen Arbeitslosenproblems.

London, 24. Sept. Der parlamentarische Berichterstatter der „Daily Mail“ meldet aus Cardiff über den Plan der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, es sei dringender notwendig, Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen, vor allem Sondermaßnahmen zur Förderung des Handels und der Erzeugung sowie der Beförderung der ausländischen Währung zu treffen. Das Kabinett sei der Ansicht, wenn der Handel nicht wieder auflebe, so werde während der nächsten drei Jahre die Zahl der Arbeitslosen wahrscheinlich eine Million betragen. Der Unterhalt dieser Arbeitslosen werde 100 Millionen Pfund Sterling kosten. Es sei daher besser, diese Summe für die Wiederbelebung des Handels auszugeben und den Arbeitslosen normalen Erwerb zu sichern. Verschiedene Minister erklärten: lieber den Handel beleben, als das Budget ausgleichen. Lloyd George beabsichtigt nach seiner Rückkehr nach London Beratungen mit führenden Männern der Industrie, des Handels und der Finanzen abzuhalten und dann dem Parlament bei seinem Zusammentritt einen Plan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu unterbreiten. Ein Zusammengehen zwischen Regierung, Erzeugern und Banken sei notwendig. Die Frage der Währung scheine dem Kabinett die schwierigste zu sein. Ein besonderer Ausschuss soll sich mit dieser Frage befassen.

London, 24. Sept. „Daily Herald“ berichtet, es drohe wegen Lohnschwierigkeiten eine Ausperrung in der Maschinen- und Schiffbau-Industrie am 13. Oktober, von der über 2 Millionen Arbeiter betroffen würden.

London, 24. Sept. (Neuter.) Die Verhandlungen mit den Arbeitern im Maschinen- und Schiffbauergewerbe auf die Befreiung des Kriegsausschlages auf die Arbeitslöhne sind nach längerer Dauer abgebrochen worden. Die Befreiung bedingt eine Herabsetzung der Löhne um zehn Schilling wöchentlich für drei Millionen Arbeiter. Eine Delegierten-Konferenz der Trade Unions, die sich heute mit dieser Angelegenheit befaßt, beschloß ein Eingreifen des Arbeitsministers herbeizuführen.

### Aufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Sowjetrußland und Norwegen.

Sessingfors, 24. Sept. Nach Moskauer Nachrichten hat das allrussische Zentralerklärungsamt den Handelsvertrag mit Norwegen am 19. September ratifiziert. Das Volkskommissariat des Außenwesens erwidert die norwegische Regierung, einer sowjetrussischen Abrechnung zwecks wichtiger Einkäufe in Norwegen die Einreisegenehmigung nach Norwegen zu erteilen.

### Institut für sozialdemokratische Forschungen.

Im Anschluß an die Programmarbeiten des Öblicher Parteitages beabsichtigt, wie die P. N. B. hören, die Sozialdemokratie ein Institut für sozialdemokratische Forschungen, etwa nach Art der englischen Fabier-Gesellschaft oder deutschen Coerres-Gesellschaft ins Leben zu rufen. Die vorbereitenden Arbeiten liegen in den Händen von Edward Bernstein, Adolf Hofer, Professor Rabenack und Heinrich Schulz.

### Ausperrung in der russischen Textilindustrie.

Sess (Reichs-Reichenbach), 26. Sept. Nachdem am 20. September in Gera und Regensburg insgesamt etwa 500 Färbereiarbeiter in den Zustand getreten sind, hat die Arbeitergemeinschaft der Webereien nunmehr einstimmig beschlossen, am Donnerstag, den 29. September, die Webereiarbeiter auszusperrn, wenn bis Mittwoch früh die Färbereiarbeiter die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Von der Ausperrung würden etwa 12—13 000 Webereiarbeiter betroffen werden. Im Geraer Bezirk sind außerdem die in der Teppich- und Filzindustrie beschäftigten Arbeiter in den Zustand getreten.

### Weitere Ausperrungen in der mainländischen chemischen Industrie.

Frankfurt a. M., 26. Sept. Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie teilt mit, daß die in der Tagespresse geschilderten Vorgänge und Verhältnisse nunmehr auch die chemische Fabrik Griesheim betreffen haben. Die technischen Betriebe ihres Werks in Griesheim unter fruchtloser Entlassung ihrer Familien Arbeiter und Arbeiterinnen zu schließen.

## Die Verschlechterung der Schule verhindert.

### Erhöhung der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität.

#### Stadtverordnetenversammlung

am 27. September 1921.

Die 11. Vertagung bildete die glatte Annahme der Preis-erhöhung für Gas, Elektrizität und Wasser. Bei früheren Erhöhungen war stets eine zweistündige Debatte üblich. Nachdem eine Reihe von Vorlesungen schiedlich, friedlich erledigt waren, kam es am 27. Sept. des Wohnungsausschusses zu einem Auseinanderprallen der Parteien. Neben sämtlicher bürgerlicher Parteien machten ihren Antrag gegen das Wohnungsaussch. Die Forderung auf Gerab-berung des Beamtenapparats war nur Mittel zum Zweck. Von den bürgerlichen Parteien wurden die wahren Gründe geltend gemacht. Schließlich die bürgerlichen Vertreter gezwungen, den Etat anzu-nehmen. Eine glatte Niederlage erlitt der Senat bei der Beratung der Erhöhungen. Die Verschlechterung der Volksschule wurde ab-gelehnt. Hier war Sparsamkeit wirklich schlecht am Platze. Es ist erwünscht, daß die deutsche Partei nicht auf einen deutschnatio-nalen Verschönerungsantrag herabsteigt, sondern gemeinsam mit der sozialdemokratischen Fraktion den Senat verurteilt. Unver-ständlich ist das Verhalten des „fortschrittlichen“ Senators Dr. Kestel, der die Verschlechterung in Schulen verteidigte. Ein sozial-demokratischer Antrag, der die Vergütung städtischer Arbeiter von der Leistung gewisser Firmen einen Miegel vor. Die unelbstlichen Verschönerungsarbeiten nach Kaufwasser waren wieder einmal Gegenstand der Verhandlung, alle früheren Debatten haben eine Entscheidung nicht erbracht.

Der namentliche Aufruf ergab die Anwesenheit von 27 Stadt-verordneten, erst allmählich füllte sich das Haus. Zunächst wurde die Wahl von Wahlen erledigt. Die Wahl von acht Besitzern zum Wohnungsaussch. für den Stadtkreis Danzig verlagte das Haus. Die Ausschüsse für das Klosterheim Pelonaten wurden gebildet. Die Wahl von zwei Mitgliedern für die gleiche Anstalt wurde vom Senat zurückgezogen. Als Mitglieder für den

Aussch. zur Reueffizierung der Höchstgrenze für Mietzins-erhöhungen wurden folgende Personen gewählt: Aus den Kreisen der Haus-besitzer: Baugewerksmeister Sch. Kaufmann Scheller, Kauf-mann Brenner, Baugewerksmeister Schmidt, Hausbesitzer Hermann; aus den Kreisen der Mieter die Herren Kähle, Kabbeling, Feinrich, Dulski, Lehmann. In den Kreisen für die Wahl von Schlichtern und Geschworenen für 1922 wurde von unserer Fraktion Gen. Willufler ent-nommen.

Die Erhöhung der Preise für Gas, elektr. Arbeit und Wasser wurde ohne jede Aussprache beschlossen. Die Preise betragen von 1. für Gas, 2. für elektr. Arbeit, 3. für Wasser. Die Preise betragen von 1. für Gas, 2. für elektr. Arbeit, 3. für Wasser. Die Preise betragen von 1. für Gas, 2. für elektr. Arbeit, 3. für Wasser.

Der Umbau im Grundriss Kohlenmarkt 34 und im Stadt-hauser bewilligte die Versammlung weitere 148 000 Mark. Da sich eine größere Reparatur als notwendig zeigte. Der Pensionierung des Richters Erdmann mit einem Ruhegehalt von rund 17 000 Mark wurde zugestimmt. Dem Dr. Rast vom städtischen Krankenhaus wurde die Anwartschaften in Höhe von 483 Mark bewilligt. An Ver-wandten und Zuschüssen erhalten die Ständebeamten in Danzig 11 500, Kaufwasser 5700, St.-Albrecht 850, Heubude 200, Schlichter 4650 Mark.

Bei der Beratung des Haushaltsplanes des Gesundheitsamtes wurde 106 000 Mark, eine Ausgabe von 814 000 Mark gegenübersteht. Der Zuschuß beträgt 708 000 Mark. Größere Summen sind für die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten ein-geplant. Stadtv. Frau v. Korfleisch (Dnall.) wünschte eine systematische Reinigung der Kottenplätze in kurzen Zwischenräumen. Stadtv. Dr. Schlichte (Dnall.) gab die Anregung, daß eine gründliche ärztliche Untersuchung der Schulkinder nicht nur wie bis-her bei der Aufnahme in die Schule, sondern in jedem Jahre statt-finden soll.

Stadtv. Gen. Kreggus stellte den Antrag, die im Etat vorge-sehene Summe zur Bekämpfung der Tuberkulose von 120 000 Mark auf 200 000 Mark zu erhöhen. Eine Begründung des Antrages sei bei dem erheblichen Umfang der Tuberkulose in Danzig nicht nötig. Die Tuberkulosefürsorgestelle müsse großzügig ausgebaut werden. Der geforderte Betrag sollte in erster Linie Vorbeugungs-maßnahmen ermöglichen.

Der Antrag Kreggus wurden gegen die Stimmen einiger deutschnationaler angenommen und der so abgeänderte Haushalts-plan verabschiedet.

Ein Vorstoß zur Vereinfachung des Wohnungsausschusses wurde von seinen bürgerlichen Stadtverordneten bei der Beratung des Etats des Wohnungsausschusses.

Stadtv. Habel (Dnall.) kritisierte die Vergroßerung des Be-amtenapparats. Man möge endlich damit abhauen. Redner wies die Kritik auf die Verkleinerung des Geldes, das von Aus-schüssen für die Zuweisung einer Wohnung gezahlt worden ist.

Stadtv. Mohde (D. P.) erklärte den Etat für unannehmbar. Die Ausgaben für Beamte seien zu hoch, eine Einschränkung des Per-sonals unbedingt erforderlich. Die Aufrechterhaltung des Woh-nungsausschusses für Zwangsbebauung sei nicht notwendig.

Stadtv. Scheller (Dnall.) antwortete seinem Parteifreund Habel, daß solchen Auswärtigen, die Arbeitslosigkeit in Danzig schaffen, kein Gehalt von 100 und 120 Mark Wohnungen nachgewiesen werden soll. Das Geld soll zu Wohnungsausschüssen verwendet werden.

Senator Dr. Kestel erklärte, daß er mit einem Widerspruch gegen die Vorlage gerechnet habe. Das Wohnungsaussch. sei aber auf Jahre hinaus unentbehrlich. (Große Unruhe bei den Deutschnationalen.) Es sei nach Möglichkeit gespart worden. Redner teilt dann die weit-estgehenden Ausgaben anderer Großstädte für ihre Wohnungsausschüsse mit. Nur wenige kennen die ganze Größe des Danziger Wohnungs-ausschusses. Die durch die Zwangsbebauung geschaffenen Wohnun-gen sind verhältnismäßig billig. An die Instandsetzung der Wohnun-gen und Wohnungen soll jetzt ernsthaft herangegangen werden. Dabei sollen auch die von auswärtigen Wohnungsuchenden gezahlten Summen, 700 000 Mark, Verwendung finden.

Stadtv. Dr. Thun (Zentrum) befragte ebenfalls die Ab-schaffung des Etats, weil der Beamtenapparat zu groß sei. Senator Dr. Kestel bestritt die zu starke Verkleinerung des Woh-nungsausschusses. Zur gerechten Verteilung der Wohnungen, monatlich

etwa 250 bis 300 Stck. sei der Beamtenapparat notwendig. Eine eventuelle Ausschuhberatung werde daran nichts ändern.

Der wahre Grund der Abneigung gegen das Wohnungsaussch.

Stadtv. Kung (U. S. P.) wies auf das eigentümliche Verhalten der bürgerlichen Parteien hin. Sie dem von ihnen gewählten Senat die Mittel verweigern. Nicht die hohen Kosten sind die Ursache der Ablehnung, sondern weil das Wohnungsaussch. den Mietwucher der Hausbesitzer einräumt, wollen die Bürgerlichen die Mittel für das Wohnungsaussch. ablehnen. Die U. S. P. werde dem Etat zustimmen.

Stadtv. Gen. Epil: Wenn Senator Kestel erklärt, nur wenige kennen den Umfang des Wohnungsausschusses in Danzig, so kann die sozialdemokratische Fraktion für sich in Anspruch nehmen, sich auf das Wohnungsaussch. hingewiesen zu haben. Sie hat auch die Mittel und Wege zu seiner Abänderung gezeigt. Aber im Volksrat sind alle die bezüglichen Anträge von den bürgerlichen Parteien nieder-gestimmt worden. Hätte man diese Anträge angenommen, so brauch-ten wir heute kein Wohnungsaussch. mehr. Dieses ist deshalb bei den Hausbesitzern unbeliebt, weil es diesen auf die Finger steht. Bei einer Beschnürung über den Umbau von Wohnungen zu Bädern, der zu spät nachgegangen wurde, habe sich das Wohnungsaussch. mit Mangel an Beamten entschuldigt.

Stadtv. Gastei (D. P.) war von der Notwendigkeit des Woh-nungsausschusses überzeugt, glaubte aber, durch Streichung einiger Technikerstellen 200 000 Mark sparen zu können. Senator Kestel erklärte, daß bei Ablehnung des Etats, er unver-ändert dem Hause nochmals vorgelegt werde.

Stadtv. Gen. Eppmann, die Mitglied des Wohnungsausschusses ist, betonte die Notwendigkeit des Wohnungsausschusses im Interesse der Mieter. Arbeitern und hunderter Familien ist es ohne Zwangs-anweisung unmöglich, eine Wohnung zu bekommen. Die Hausbesitzer vermieten viel lieber an Ausländer, die oft durch Schutzpolizei und sogar mittels Krankenschwestern, aus den Wohnungen wieder entfernt werden müssen. Die sozialdemokratische Fraktion wird dem Etat zu-stimmen.

An der weiteren Aussprache beteiligten sich noch die Stadtv. Dr. Thun (Zentrum), der durch die Kennzeichnung der Treibens der Hausbesitzer sehr erregt wurde und Dr. Hermann (D. P.), der die Ausgabe von 900 Mark für Straßenbahnfahrkarten der Ge-mittelungskasse als zu hoch bezeichnete. Schließlich wurde der Etat angenommen. Auch die bürgerlichen stimmten für ihn. Der Etat der Hochbau-Kommission wurde ohne Debatte ge-nehmigt.

Eine Schuldebatte.

Die Frage betr. die Erhöhung des Schulgeldes für höhere Schulen, war gegenstandslos geworden, da der Senat die Verordnung wieder aufgehoben hat.

Senator Dr. Stumpf gab eine Erklärung ab, daß der Senat sich überreut habe, daß eine Erhöhung des Schulgeldes nur mit Zu-stimmung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen kann.

Stadtv. Liebenfreund (D. P.) begründete einen Antrag, die im Schuletat vorgesehene Verteilungskosten für Lehr-personen an Volk- und Mittelschulen von 418 000 Mark auf 400 000 Mark zu erhöhen. Redner wandte sich ganz entschieden gegen den Plan des Senats, die 17 unbefristeten Vertretungen aufzuheben und erst bei vierwöchentlicher Verhinderung einer Lehrperson einen Vertreter zu bestellen. Dadurch würden etwa 20 bis 30 Vertreter und Vertreterinnen auf die Straße gestellt. Das Zusammenlegen der Klassen sei nicht geeignet, das Schulwesen zu fördern. Es bedeute einen Rückschritt. Die im Etat vorgesehene Summe von 86 344 Mark für Lernmittel habe gegen das Vorjahr nur eine Steigerung um das Doppelte erfahren, während in anderen wichtigen Personalveranschlagungen die Ausgaben um das 4-5fache gestiegen sind. Das sei Sparlosigkeit am höchsten Platze. Redner beantragte des-halb die Verdonnerung der vorgesehene Summe.

Stadtv. Kalkenberg (Dnall.) schloß sich den Ausführungen des Vorredners an und machte den Vorschlag, die Herbstentlastung der Schulbücher an zu belassen.

Stadtv. Frau Richter (D. P.) sprach gegen die Erhöhung des Schulgeldes und gegen die Zusammenlegung der Klassen.

Stadtv. Kuhlbrügge (D. P.) betonte, daß eine Ausgabe von 4 Mark für Lernmittel pro Jahr und Kind zu gering ist. Es sei ein unannehmer Zustand, daß Lehrerinnen mit 85 Jahren, und Lehrer mit 25 Jahren noch nicht entlassen sind.

Senator Dr. Stumpf begründete die Maßnahme des Senats mit der Leistungsfähigkeit der Stadt und der Natur der Sache. Er sprach sich für die Erhöhung des Schulgeldes aus, wenn dadurch ein Teil der Vertreter arbeitslos werde. Redner hielt die Anträge abzuweisen.

Senator Dr. Hoffmann versuchte den Vorwurf, daß der Senat Sparsamkeit am falschen Platze ausübe, mit dem Hinweis zu entkräften, daß die Schulausgaben 1920: 5,2 Millionen Mark; 1921: 12,8 Millionen Mark betragen. Der Zuschuß sei gefallen von 0,8 Millionen Mark auf 1,4 Millionen Mark. Redner war empört darüber, daß man ihm in Genf vorgehalte, hat er Volk-mann habe im Volksrat erklärt, für Kulturausgaben haben wir kein Geld. Als Quelle wurde eine Lehrerversammlung angegeben. Hoffmann erklärte, daß er eine derartige Äußerung nicht getan habe.

Stadtv. Brunzen (Dnall.) beantragte zur Klärung der Anträge einen 14 gliedrigen Aussch. zu wählen. (Zuruf: Begrüßung erster Klasse!)

Stadtv. Kuhlbrügge (D. P.) wendet sich gegen diesen Verschö-nerungsantrag. Das Danziger Schulwesen steht noch auf derselben Stufe wie vor 20 Jahren.

Stadtv. Jaffe (D. P.) wies darauf hin, daß die Mittelstufe des Senats von der Durchschnittsschülerzahl von 40 herabführend ist. Man möge die sechsklassige Volksschule zu einer achtklassigen aus-bauen und das gesamte Schulwesen verstaatlichen.

Stadtv. Liebenfreund (D. P.) betonte nochmals, daß die Schul-verhältnisse nicht verschlechtert werden dürfen und daß den Antrag Brunzen abzulehnen, da sonst am 1. Oktober die Verschlechterungen wirksam werden.

Stadtv. Brunzen (Dnall.) wünschte eine Erklärung des Senats, daß die geplanten Maßnahmen des Senats am 1. Oktober noch nicht in Kraft treten.

Trotzdem der Senat die gewünschte Erklärung abgab, wurden die Wahl einer Kommission abgelehnt. Die Versammlung beschloß mit großer Mehrheit, die Summe für Vertreter und Lernmittel antrags-gemäß zu erhöhen. Dagegen stimmten nur die drei Deutschnatio-nalen Habel, Gange und Scheller.

Zur Vergütung städtischer Arbeiter.

Hatte die sozialdemokratische Fraktion folgende Antrag eingebracht: Die Vergütung von städtischen Arbeitern darf nur an solche Stellen erfolgen, die tariflos sind, d. h. daß sie ihre Arbeiter und Angestellten gemäß den Abreden zwischen Arbeitnehmer und Ar-beitgeberorganisationen abgeschlossenen Tarifverträgen ent-lohnen.

Stadtv. Gen. Kreggus erklärte, daß dieser Antrag eine Selbst-verständlichkeit sei. In Danzig ist das leider nicht der Fall. Der Antrag soll die Schmutzarbeiten dreifachen und verhindern, daß städtische Arbeiten von Firmen ausgeführt werden, die nur sehr-lange beschäftigen und die tarifmäßigen Arbeiterlöhne nicht zahlen. Senator Kestel antwortete, daß ihm der Antrag sympathisch sei. Seine Durchführung werde aber in der Praxis an Schwierigkeiten scheitern.

Stadtv. Gen. Epil trat mit guten Gründen für die Annahme des Antrages ein, der von jedem rechtschaffenen Menschen unter-stützt werden müsse.

Stadtv. Gen. Kreggus wurde deutlich, als Senator Kestel sich weiter ablehnend verhielt. Es gebe in Danzig Firmen, die ihre Ar-beiter in schamloser Weise ausbeuten. Firmen wie Reich und Zimmermann müßten von der Zulassung städtischer Arbeiten aus-geschlossen werden. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Die Notwendigkeit einer Dampfheizung im Weltlich-Kes-sel wurde von dem Gen. Kreggus eingehend begründet und be-trachtet, daß die Kesselstelle aus öffentlichen Mitteln repariert oder erneuert wird. Senator Dr. Kestel erwiderte, daß bereits ein-leitende Schritte unternommen worden sind. Es sei unbedenklich auch die Interessenten zu den Kosten heranzuziehen. Der sozial-demokratische Antrag wurde einstimmig angenommen.

Von dem Stadtv. Heban (J.) und Dittke (Dnall.) wurde eine bessere Straßenbeleuchtung in Neufahrwasser bestritten. Aus der Antwort des Senators Kung war zu entnehmen, daß bereits 18 Laternen in Neufahrwasser neu in Betrieb genommen sind. In Danzig brennen zurzeit 640 Laternen, im Vorjahre 700; die Gesamt-zahl der Laternen beträgt 8140, die jährlichen Betriebskosten einer Laterne betragen 1800 Mark.

Ein Dringlichkeitsantrag beschäftigte sich mit den unhaltbaren Verkehrsverhältnissen nach Westerpforte, die noch weiter verschärft werden, durch die Einstellung des Dampfverkehrs der Westfäl-ger Eisenbahn. Anstatt des jetzigen 22 Minutenverkehrs der Straßen-bahn wurde ein 10-Minuten-Verkehr gefordert. Die Straßenbahn-gesellschaft verhält sich ablehnend gegen diesen Plan. Die Ver-sammlung stimmte dem Antrag auf Einführung des 10-Minuten-Verkehrs zu.

Gegen 8 1/2 Uhr war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt. Das Haus trat alsdann in die geheime Beratung ein.

## Aus dem Osten.

Die die Konsumvereine das Brot beschließen. Bei der Neu-regulierung der Brot- und Mehlpreise im August dieses Jahres haben die Konsumvereine ganz besonders dort, wo sie eigene Bäckereien be-nehmen, die Interessen der Verbraucher mit allem Nachdruck ver-treten. Welche Bedeutung das Bäckereiwesen in Danzig hat, ergibt sich aus einem Vorgange, der sich unlängst in Ostpreußen abgepielt hat. In Tilsit waren die Bäckermeister in den Streitigkeiten getreten. Auf Grund von Richtlinien der Regierung von Gumbinnen hatte der Magistrat die Preise für Mehl und Brot festgesetzt. Trotz be-sonderen Entgegenkommens behaupteten die Bäckermeister, das Brot für den festgesetzten Preis nicht herstellen zu können, und freilich. Da aber in Königsberg möglich war, was angeblich in Tilsit nicht sein konnte, so behauptete die abweichenden Behauptungen der Bäckermeister, der Magistrat von Tilsit Verhandlungen mit dem Konsumverein für Königsberg zu führen, um die Freiproduktion nicht unter 5,50 Mk. herstellen zu können, so erklärte der genannte Kon-sumverein sich bereit, ein solches Brot für 5,25 Mk. zu backen. Und siehe da, die Bäckermeister in Königsberg zuschreiben sie, daß dem Magistrat der Königsberger Bäckermeister ein wirksamer Druck entgegenzusetzen wurde, so wußten sich auch die Tilsiter Bäcker bequemen, von ihren Forderungen abzulassen und den Streit abzugeben. Als nämlich bekannt wurde, daß der Magistrat Tilsit dem Konsumverein Königsberg Mehl und Brennstoffe zur Ver-fügung stellte, um den Brotverkauf zu beginnen, wurden die Herren Bäckermeister mit den scharfen Klagen zu erklären, so verdanken sie das nur dem entschlossenen Eintreten des Königs-berger Konsumvereins. Die Interessen der Verbraucher werden durch die organisierte Selbsthilfe am besten geschützt, wie das Tilsiter Beispiel so trefflich lehrt.

Die Krankenkassenwahlen in Bromberg haben ein zufrieden-stellendes Ergebnis für die freien Gewerkschaften gebracht. Von 15 118 wahlberechtigten Personen haben nur 3147 gewählt. Die Polnische Berufsvereinigung erhielt 15 Mandate (268 Stimmen). Die freien Gewerkschaften haben es auf 4 Mandate (609 Stimmen) gebracht und die vereinigten Christen und Kirch-Tandler „er-klämpften“ sich ein Mandat (268 Stimmen). Durch besondere Um-stände und die erschwerten Verhältnisse im abgetretenen Gebiet, war die Wahlbeteiligung der Anhänger der freien Gewerkschaften besonders gering. Dadurch wurde der Polnischen Berufsvereini-gung leider fast vollkommen die Besetzung der Krankenkassenleitung ausgeliefert.

## Bewerkschaftliches.

Vertragliche Verhandlungen für die Befragungen der Hochfe-rrerie. Die Hochfeerrerie ist ein neuer Tarif zum Abschluß gekommen der am 1. Oktober in Kraft tritt und in geldlicher Hin-sicht folgendes darstellt: 1. Steuermann monatlich 650 Mk. und 13 Prozent des Netto-Produktionswertes, 2. Steuermann monatlich 650 Mk. und 13 Prozent, 1. Maschinist monatlich 650 Mk. und 13 Prozent, 2. Maschinist monatlich 600 Mk. und 13 Prozent, 3. Maschinist monatlich 400 Mk. und 13 Prozent, 4. Maschinist monatlich 350 Mk. und 13 Prozent, 5. Maschinist monatlich 300 Mk. und 13 Prozent, 6. Maschinist monatlich 250 Mk. und 13 Prozent, 7. Maschinist monatlich 200 Mk. und 13 Prozent, 8. Maschinist monatlich 150 Mk. und 13 Prozent, 9. Maschinist monatlich 100 Mk. und 13 Prozent, 10. Maschinist monatlich 50 Mk. und 13 Prozent. Das Kollgeld wurde, wenn an Bord nicht gefischt wird, im Devisenlohn auf 25 Mk. und in auswärtigen deutschen Hafen auf 40 Mk. pro Tag und Kopf festgesetzt, bisher 15 Mk. Der Über-schundenlohn wurde von 6 Mk. auf 9 Mk. erhöht. Bei Krankheit wird als Entschädigung nach § 61 der Seemannsordnung die Geuer zugrunde gelegt, welche für die Wegezeit gezahlt wird. Ferner wurde erreicht, daß auf stützenden Fischdampfern, wenn sie über 7 Tage im Hafen liegen, vom ersten Tage ab, eine monatliche Geuer gezahlt wird, und zwar für: 1. Steuermann und 1. Maschinist 1500 Mk., 2. Steuermann- und 2. Maschinist 1250 Mk., für alle übrigen Grade 1000 Mk. Singu kommt das Kollgeld über freie Verpflegung. Diese Angelegenheiten konnten erreicht werden in-teressanterweise auf die sehr weit ausgebreitete Arbeitszeit in der Hochfe-rrerie. Des weiteren, weil die Fischerei zu einem der gefährlichsten Berufe gehört. An den Verhandlungen nahmen seitens der Arbeitnehmer-verbände teil: Deutscher Transportarbeiter-Verband, Verein deut-scher Kapitane und Steuerleute der Hochfeerrerie und Zentral-verband der Maschinisten und Geizer.

# Der Volkstag an der Arbeit.

## Genehmigung einiger Strafverfolgungen. Einheitliche Befoldungs-Ortsklasse für den Freistaat. Abänderung sozialer Gesetze.

### 74. Vollziehung des Volkstages

Dienstag, den 27. September 1921.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Vizepräsident Dr. Lorenz Bezug auf die Katastrophe von Oppau und verlas 2 Telegramme, die der Volkstag an den Deutschen Reichstag-Berlin und den Bayerischen Landtag-München geschickt hat. Ebenso wurde das Antwortschreiben des Bayerischen Landtages verlesen. Der gesamte Volkstag hatte sich während der Verlesung zum Zeichen der Anteilnahme für die Opfer der Katastrophe von den Plätzen erhoben. Mit der Neuwahl eines Mitgliedes für die Elektrizitätswirtschaftsstelle (Eras) für Oberingenieur Wachsmann wurde in die Tagesordnung eingetragen und auf Vorschlag der Deutschen Partei Ingenieur Krüger, Langfuhr, Rüdterhoeg 14, gewählt.

Der Antrag der Justizabteilung des Senats vom 15. September 1921, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. v. Budzinski (Pole) wegen Übertretung des Bleichwurgengesetzes wurde ohne Aussprache dem Rechtsausschuss überwiesen.

Der Rechtsausschuss hatte beantragt, daß der Volkstag die Genehmigung zur Strafverfolgung des Senators Jewelowski erteilen solle. Zur Begründung führte Abg. Gebauer (USP.) aus, daß im März d. J. durch den Abg. Kahn (R.) die Machinationen des Senators Jewelowski bekannt wurden. Man hoffte seinerzeit, daß dieser Senator die Konsequenzen hieraus ziehen werde, was aber nicht geschah. Der Abg. Kahn halte damals behauptet, daß Bestechungen von deutschen Beamten beim Holzverkauf vom preussischen Fiskus stattgefunden habe, wodurch dieser um 400 000 Mark geschädigt worden sei. Es soll ferner festgestellt worden sein, daß die betr. Beamten im Auftrage ihrer Regierung gehandelt hätten. Des weiteren hätte der Senator deutsche Kreditsanleihen zum Tageskurs eingekauft und bei Bezahlung an den preussischen Staat zum Nennwert wieder abgegeben, wodurch abermals der preussische Staat um Millionen geschädigt worden sei. Die USP-Fraktion hatte wegen dieser Vorkommnisse im Rechtsausschuss die Aufhebung der Immunität des Senators Jewelowski beantragt. Redner hat die Rechte des Hauses, um das Ansehen des Parlaments zu wahren, dem zuzustimmen. Der Antrag des Rechtsausschusses auf Genehmigung der Strafverfolgung wurde hiernach angenommen.

#### Nachträge vom 4. August 1921.

Eine größere Debatte rief die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Raube (Rom.) und Schmidt (Rom.) wegen Vergehens gegen § 131 des Str. G. B. und wegen Beleidigung des Senats, und der Abg. Kahn (Rom.) und Mau (USP.) wegen Beleidigung des Senatspräsidenten hervor.

Abg. Pfeiffer (USP.) nahm Stellung zu den Vorgängen am 4. August d. J., wobei er dem Senat vorwarf, daß dieser durch seine parteipolitische Tätigkeit alles verschuldet habe. Beschlüsse, die im Versteherauschuss gefaßt werden, dürfen niemals dazu führen, die Immunität eines Abgeordneten aufzuheben. Man habe gehofft, daß bis zu diesem in Aussicht stehenden Prozess eine Neuwahl der Schöffen stattfinden könnte, aber ein diesbezügliches Gesetz sei leider noch nicht eingebracht worden.

Genosse Dr. Bing ist sich vollkommen darüber klar, wie die Entscheidung im Rechtsausschuss ausfällt. In diese Entscheidung müsse etwas hineingetragen werden, was einen Ausgleich der Spannung herbeiführen könnte. Sollte dies nicht erreicht werden, so wäre man in Zukunft nur in der

Lage, seine politische Meinung frei zu äußern, wenn man die Arbeiter bewaffnet hätte, um so andererseits gegenüber der angewandten Taktik des Senats ein Gegengewicht zu haben. Die Parteien der Opposition sind schwer enttäuscht von der Art und Weise, wie von einer Seite des Hauses diese Dinge bis jetzt behandelt wurden. Der von unserer Fraktion im Rechtsausschuss gestellte Antrag, diese Angelegenheit sachgemäß zu prüfen, sei abgelehnt worden. Redner bezeichnete es als Mangel des Vertrauens zur Würde des Hauses, wenn die Sachlage durch ein ordentliches Gericht geklärt werden sollte. Durch die hierauf erfolgte Abstimmung wurde der Antrag des Rechtsausschusses angenommen.

Die vom Rechtsausschuss beantragte Aufhebung der Immunität des Abg. Schmidt (Rom.) wird nach dem Beschluß des Rechtsausschusses abgelehnt.

#### Abänderung des § 105 des Str. G. B.

Es lag folgender Antrag der U. S. P. vor:

§ 105 des Strafgesetzbuches erhält folgenden Zusatz: „Auf Mitglieder einer der vorbezeichneten Körperschaften, die in Ausübung ihres Berufes in einer solchen Körperschaft sich befinden, finden diese Bestimmungen keine Anwendung, soweit es sich um dort getane Äußerungen handelt. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Juli 1921 in Kraft.“

Abg. Mau (USP.) begründete diesen Antrag mit dem Wunsch, das Los der Abgeordneten zu bessern. In Deutschland wäre bisher kein Fall bekannt, daß dieser Paragraph auf Abgeordnete angewandt worden sei, und müsse man aus diesem Grunde eine andere Fassung des § 105 des Str. G. B. herbeiführen. Von sämtlichen Parteien, von der Linken angefangen bis zu den Rechten, sei Protest gegen die Auslegung dieses Paragraphen erhoben worden. Abg. Mau betonte, daß die USP. nie die Absicht gehabt habe, durch Opposition die Beschlüsse der Mehrheit des Hauses zu verhindern. Man habe nur die öffentliche Meinung auf diesen Fall aufmerksam machen wollen. Die Ablehnung dieses Antrages würde seine Wirkung bis weit über die Grenzen des Freistaates hinaus ausüben und überall Aufsehen erregen. Die Folge davon könnte sein, daß andere Parlamente, diesem Beispiel folgen würden. Die Anwendung des § 105 in der Auslegung des Senats würde die Gefahr mit sich bringen, daß dieser auf die im politischen Leben in Obstruktion stehende deutsche Minderheit Anwendung finden könnte. Die einzige Waffe der Minderheit, die Obstruktion, würde durch die jetzige Auslegung des § 105 dieser aus der Hand geschlagen, was wieder zur Folge habe, daß sich das Los der armen Bevölkerung noch weit schlechter gestalte. Die USP. wolle nicht in ein gerichtliches Verfahren eingreifen. Der Antrag sei nur im Interesse der Schaffung einer Möglichkeit zur freien Entwicklung einer wahren Demokratie gestellt. Ob die Parteien der Mitte das wollten, sei fraglich. Politische Gegensätze würden dadurch aber nicht gemildert. Der Protest galt nur der Beschung des Hauses durch die Schupo. Redner ging dann des näheren, bei Betrachtung der parteipolitischen Konstellation im Freistaat, auf einen Artikel der „Danziger Zeitung“ ein, der die jetzigen Vorgänge in Bayern beleuchtet, und zieht daraus den Schluß, daß auch in bürgerlichen Kreisen Danzigs der Wunsch nach Erweiterung der Koalition Platz greife. Abg. Mau begrüßte es, daß ein Redakteur einer bürgerlichen Partei eine derartig klare Stellungnahme einnimmt und von der Partei des Abg. Schwegmann (Dnatl.) weit abruht. Redner beantragt, den gestellten Antrag nochmals dem Rechtsausschuss zu überweisen.

Abg. Fleckow (Rom.) steht auf dem Standpunkt, daß der § 105 des Str. G. B. keine Anwendung auf Abgeordnete

findet. Eine Abstimmung über den von der USP. gestellte Antrag sei überflüssig. Seine Fraktion stimme aber nicht dagegen.

Genosse Dr. Bing betont, daß durch die Abänderung des § 105 der Senat eine Bemühtung bekomme, denn die Verhaftung sei dann nach der alten Fassung erfolgt. Unsere Fraktion steht ebenfalls auf dem Standpunkt, daß der § 105 nicht auf Abgeordnete Anwendung finden dürfe. Redner blügte die Ueberweisung dieses Antrages an den Rechtsausschuss, selbst auf die Gefahr hin, daß dann die neue Fassung bei der Verhandlung nicht mehr in Frage komme. Er handelt sich nicht um eine parteipolitische Frage, sondern um eine Verständigung in diesem Hause. Die beantragte einstimmige Abstimmung ergibt bei einer Abgabe von 88 Stimmen, 50 Stimmen für „Nein“, 34 Stimmen für „Ja“, bei einer Stimmenthaltung.

Die Gesetze über neue Festsetzung der Beiträge und Leistungen in der Invalidenversicherung, über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte, Änderung in der Unfallversicherung werden ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

#### Schaffung einer einheitlichen Ortsklasse für den Freistaat.

Folgender Beschluswurf der Deutschen Partei lag zur zweiten Beratung vor: Sämtliche Orte im Gebiet der Freien Stadt Danzig bilden nur eine Ortsklasse mit dem Befoldungs-Lohnstarif und Unterhaltungsgehältern der Ortsklasse II. Das Gesetz hat rückwirkende Kraft vom 1. April 1921 und wird von diesem Tage ab die Verordnung des Staatsrates vom 23. September 1920 außer Kraft gesetzt.

Abg. Gebauer (USP.) stimmte für das Gesetz. Die Deckungsfrage sei aber unerörtert geblieben.

Genosse Nagroßki ist ebenfalls für Annahme des Beschlusses.

Senatspräsident Schum erklärte, daß vor dieser Beschlussfassung keine Prüfung stattgefunden habe, ob sich die alte Ortsklasseneinteilung bewährt habe. Die Neufestsetzung bedinge für Beamte und Lehrer eine Mehrausgabe für den Staat von 2 1/2 Millionen Mark. Die Annahme würde ferner Rückwirkungen für die Gemeinden haben. Ohne vorherige Prüfung der Deckungsfrage könne eine derartige Belastung nicht vorgenommen werden.

Abg. Friedrich (Dt. P.) hatte keinen Widerstand beim Senat erwartet und behaupte es, daß dessen Einwand erst jetzt kommt, nachdem man sich in den Ausschüssen und im Plenum schon monatelang damit beschäftigt habe. Was für die oberen Beamten möglich sei, müsse auch für die unteren Beamten Geltung haben. Die Beamten können bei dieser Teuerung nicht existieren. Redner hat um Annahme des Gesetzes. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung unverändert angenommen.

Das Gesetz auf Erhöhung des Ausgleichszuschlages für Beamte wurde in erster Lesung ohne Debatte dem Hauptausschuss überwiesen.

Das Gesetz über Neuregelung der im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenzen werden dem Rechtsausschuss überwiesen.

Das Gesetz zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes wurde dem Steueraussschuss überwiesen.

Da die Tagesordnung erledigt ist, erfolgte Schluß der Sitzung gegen 6 Uhr abends. Nächste Sitzung Donnerstag, nachmittags 3 Uhr.

## Gosda Schnupftabak

garantiert rein gekachelt

Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Hähnergasse 8.

## „König Kohle.“

Roman von Hpton Sinclair.

(Fortsetzung.)

Die Zeit des Abendessens war gekommen, die Pseudo-Frau Zamboni verließ die Küche, wuschelte nach dem Reminiszenzischen Hause. Als sie das Esszimmer betrat, blickten sie einige Männer an, doch richtete keiner ein Wort an sie. Es war die Zeit, da jeder, was er nur konnte, an sich rief und verhielt, um den Nachbarn zuzuhören. Die schwarze, leuchtende Gestalt ging an andere Ende des Zimmers, dort stand ein leerer Stuhl, sie zog ihn vom Tisch fort, schickte hinaus. Da in gelbe ein Ruf durchs Zimmer: „Jungens!“

Die Ohren blickten auf, lahor, wie die Trauerschleier zurückgeworfen waren und das Gesicht ihres Führers Joe Smith zum Vorschein kam. „Jungens! Ich bringe euch Botchaft von der Gewerkschaft!“

Ein Gedrüll brauste auf, Männer schmeilten von den Sitzen empor, Stühle wurden zurückgeschoben, fielen trachend zu Boden. Dann, unregelmäßig, trat tiefe Stille ein, hätte noch einer der Männer gefaßt, man hätte es vernommen können.

„Jungens, ich war unten in Pedro und habe die Gewerkschaftsleute gesprochen. Ich weiß, daß die Zuschauer meine Rückkehr verhindern werden, deshalb verleihe ich mich, und da bin ich!“

Da beariffen sie den Grund seiner phantastischen Kleidung: Wachen, Hochrufe, Freundschaftswörter durch den Raum.

„Hal jedoch streckte die Hand aus und Scherzigen herrichte von neuem. „Gört mich an, lange werden mich die Zuschauer nicht reden lassen, und ich habe euch etwas wichtiges mitzuteilen. Die Gewerkschaftsführer sagen, wir können den Streit jetzt nicht gewinnen.“

Entschlossene Verblüffung kam in aller Gesichter: Klagerufe wurden laut. „Hal fuhr fort: „Wir sind bloß eine einzige Grube, die Ausseher würden uns einlassen, Gebirge kommen lassen, mit diesen die Grube ausbisten. Was uns nützt, ist der Streik in allen Gruben: eine große Gewerkschaft, ein großer Streik! Handeln wir jetzt, so machen wir damit den Streik bis zu einem Grade, wir werden sie aber zum Karren halten — unsere Arbeit behalten und unsere Gewerkschaft oben drein! Ihr seid Mitglied der Gewerkschaft, werdet weiter für die Gewerkschaft werben! Hurra für die Nordtal-Gewerkschaft!“

Ein Augenblick war lautlose Stille die einzige Antwort. Es trat der Augen schwer, diese Aussicht freudig zu begrüssen. Hal erkannte, daß er andere Seiten anschlagen müsse.

„Wir denken keine Feiglinge sein, Kameraden, müssen unsere Herzen befeuern, ihr habe meinen Teil getan — es hat gute Herzen erwidert, herzukommen — in Juan Zambonis Kleidern, vorne zwei Kapselchen hingen.“

Er schlug auf die Rippen und allgemeines Lachen brach aus. Viele kannten Frau Zamboni — es war, was Schauspieler einen lokalen Reiter nennen. Das Lachen ward zu einem Heiterkeitssturm: Hochrufe erschallten: „Hurra für Joe! Du bist das rechte Mädchen! Willst du mich heiraten, Joe?“ Und als Hal jetzt zum zweiten Male ausrief: „Hurra für die Nordtal-Gewerkschaft!“ — konnte er mit der Antwort zufrieden sein.

Dann erhob er nochmals die Hand. „Gört, Leute. Man wird mich hinauswerfen und ihr dürft euch dem nicht widersetzen. Ihr merdet arbeiten, euren Verdienst beibehalten, auch auf den großen Streik vorbereitet. Und ihr müßt den anderen meine Worte wiederholen. Ich kann nicht mit allen reden, ihr aber, sprecht ihnen von der Gewerkschaft. Vergeht nicht, daß draußen für euch Leute kämpfen und planen. Wir werden alle zur Gewerkschaft helfen, bis auch diese Kohlengruben zu Amerika gehören!“ Die Hände bebten unter dem Dröhnen der Hochrufe. Ja, das war es, was sie wollten — in Amerika leben!

In der Tür hatte sich — durch den Därm angelockt — eine Menge Leute versammelt: Hal bemerkte, daß dortselbst eine Verwirrung entstand, sah den Kopf und die breiten Schultern seines Feindes Pete spannen aufzutauchen.

„Da kommen die Hinterrücken, Jungens!“ — rief er und ein zorniges Gemurmel der Menge beantwortete seine Worte. Männer wandten sich mit geballten Fäusten und blickenden Augen der Tür zu. Hal jedoch sagte heftig: „Jungens, hört auf meine Worte. Nicht den Kopf verlieren! Ihr müßt ja, daß ich nicht im Nordtal bleiben kann. Doch habe ich mein Vorhaben ausgeführt, auch die Botchaft der Gewerkschaft überbracht. Und sagt es den anderen — sie sollen zur Gewerkschaft halten!“ Immer wieder und wieder sprach Hal diese letzten Worte. Er sah auf die arbeitenden Gesichter, gedachte seines Gelübdes, tat es noch einmal: „Ich werte zu euch halten! Werde weiter kämpfen, Kameraden!“

Die Verwirrung an der Tür steigerte sich, plötzlich erschien Jeff Cotton mit einigen Polizisten, sie drangen ins Zimmer, rot und erschöpft vom Lachen.

„Hi! Da ist der Berghauptmann!“ — rief Hal. — „Sie brauchen nicht so zu stehen, Cotton, es wird alles in Ruhe vor sich gehen. Wir sind Gewerkschaftsleute, verstehen uns zu herrschen. Jungens, wir geben den Kampf nicht auf, sind nicht geschlagen, wir warten bloß auf die Leute in den anderen Gruben. Wir haben eine Gewerkschaft, werden sie aufrechterhalten. Hoch die Gewerkschaft!“

Hochrufe tollten auf, Hochrufe für die Gewerkschaft, für Joe Smith, für die Witwe und ihren Trauerschleier.

„Ihr gehört zur Gewerkschaft! Haltet zu ihr, was auch immer zwischen mag. Wenn ihr entlassen werdet, so tragt den Gewerkschaftsgedanken mit euch, lehrt ihn den Reuen, laßt nicht die Hoff-

nung in euren Herzen sterben! In der Gewerkschaft ist Kraft, ist Hoffnung! Vergeßt das nie, Leute — die Gewerkschaft!“

Die Stimme des Berghauptmanns erschallte. „Wenn Sie kommen wollen, junge Frau, so kommen Sie jetzt!“

Hal knixte schächtern. „O, Herr Cotton, daß ist so plöblich! Die Menge johlte, Hal stieg von seiner Plattform. Mit tollerter Gebärde ordnete er den Trauerschleier und trippelte geeigert durch das Esszimmer. Als er den Berghauptmann erreichte, nahm er grazios dessen Arm, und so verließen sie, mit dem Zähneinschlagen an der Seite und Bud Adams im Rücken, das Esszimmer und schritten die Straße entlang. Hungrige Lachen ihrer Essen im Stich, um den Anblick zu betrachten, folgten den Vorangehenden, lachend, rufend, höhnend. Aus allen Richtungen kamen Leute herbeigeströmt — als der kleine Zug die Station erreichte, war fast die ganze Dorfbevölkerung zur Stelle, überall flogen die Worte auf: „Es ist Joe Smith, er hat Botchaft von der Gewerkschaft gebracht!“ Große, verirrte Bergleute lachten, bis ihnen die Tränen, weiße Furchen bildend, übers Gesicht liefen, sie fielen einander um den Hals vor Entzücken über den Streik, der ihren Bedrückern gespielt worden war.

„Sogar Jeff Cotton mußte seinen Beifallsbeitrag entrichten. „Bei Gott, Sie sind die äußerste Grenz!“ — brummte er. Er ging auf den heiteren Ton ein, der ihm als bestgeeignet schien, um sich bei allzu oft wiederkehrenden Gassen gefährlos zu entledigen. So begleitete er denn die Witwe bis zum Zug, half ihr einsteigen und postierte Wachen auf dem Wagenkorridor. Die Aufmerksamkeit dieser Gallaus endete erst, als der Zug die Grenzen der Nordtal-Unterscheidung passiert hatte.“

Hal entledigte sich zu gleicher Zeit seiner Trauerschleier und bezog Heiterkeit, die er den Leuten zulief zur Schau gezogen hatte. Eine plöbliche Reaktion erfaßte ihn, er schloß grenzenlose Müdigkeit.

Seit zehn Tagen hatte er, ohne auch nur Zeit zum Schlafen zu finden, in einem Wirbel der Aufregung gelebt. Nun lehnte er sich in seinem Abteil zurück, bloß, erschöpft, mit schmerzenden Kopf und erkannte, daß die Summe seiner Nordtal-Erfahrungen ein Mißerfolg sei. Keine Spur des abenteuerlustigen Geistes war ihm geblieben, in dem er sich an den „Sommerkurs“ in praktischer Soziologie herangemacht. Er hatte seine Lektion gelernt, sie hergefaßt und war durchgefallen. Er lächelte blüher, des sorglosen Spottes gedenkend, mit dem er einst diesen Canon hinausgewandert war:

„Er treibt sie und treibt der töbliche Kauf, die Räder der Industrie, seiner Pleiße und seinen Schüsseln zuliebe, seiner Schulen Philosophie.“

(Fortsetzung folgt.)

# Danziger Nachrichten.

## Der Volkstag an der Arbeit.

Nach kurzer Pause trat der Volkstag gestern wieder zu einer Sitzung zusammen. Der Sitzungssaal ist inzwischen einer einflussreichen Veränderung unterworfen. So ist für die Abgeordneten neues, einflussreiches Geschäft ausgestellt. Die Sitzplätze für den Senat sind vermehrt, der Sitz des Präsidiums vergrößert und erhöht. Der Aufnahmestapel der Stenographen ist vom Sitzungssaal durch eine Schranke abgeschlossen und erfolgt der Zugang durch den Keller, in dem auch die Arbeitsräume des stenographischen Bureaus untergebracht sind. Auch die Presseplätze sind vom Sitzungssaal durch eine Holzbarriere getrennt. Der Zugang zur Pressetribüne ist wie zur Zuschauertribüne jetzt allerdings etwas sehr umständlich, durch die Hofeinfahrt, über den Hof, durch den Keller, gelegt.

Die gestrige Sitzung versammelte die Parteien zu eifriger Arbeit. So wurde die umfangreiche 13 Punkte zählende Tagesordnung in dreistündiger Sitzung fast reibungslos erledigt. Zunächst ermahnte der Volkstag den Opfern und Hinterbliebenen von Oppau seine Anteilnahme. Die Auslieferung einiger Abgeordneter an den Strafrichter wurde gegen die Stimmen der Dintken beschlossen. Eine längere Debatte gab es über den von den Unabhängigen gestellten Währungsantrag zum fristigen § 105 des Strafgesetzbuches. H. M. a. u. setzte sich in einer längeren Rede für die Annahme des Antrages, der die Anwendung dieses Paragraphen auf Abgeordnete ausschließen will, ein. Unter Benutzung eines Artikels in der „Danziger Zeitung“ versuchte er dabei große Politik zu machen, wobei er folgendes bemerkenswertes Geständnis offenbarte: „Wir Unabhängigen sind keine Freunde einer Koalitionregierung, aber es ist im Reich und in anderen deutschen Staaten, wo solche bestehen, doch eine wesentliche bessere Entwicklung als hier in Danzig zu verzeichnen. Für Danzig wäre darum eine gleiche Entwicklung freudig zu begrüßen.“ Diese Feststellung Mau's sollte mit der auch im unabhängigen Lager noch teilweise vorhandenen Meinung aufräumen, daß Koalitionspolitik immer Verrat wäre. Von seinem kommunikativen Jägling Fietkau mußte sich Mau allerdings sagen lassen, daß der unabhängige Antrag unverantwortlich wäre, weil man aus ihm folgern könne, daß der § 105 in seiner bisherigen Fassung auch auf

Abgeordnete anzuwenden sei. Es ist allerdings eine Mahnung des Senats, die hier zu belegen, wenn die Möglichkeit einer Verschärfung zu befragen, lehnt die Bürgerlichen den unabhängigen Antrag ab. Ohne Rücksicht wurde daraufhin eine Reihe Vorlagen, darunter die Schaffung einer einheitlichen Ortsklasse für den Freisitz und Abänderung sozialer Gesetze, vorgebracht. Zur Beförderung der eifriger Arbeit bleibt heute Sitzungspause.

### Gründung einer Volkshalle.

Die schon seit längerer Zeit geplante Gründung einer Volkshalle soll nunmehr Wirklichkeit werden. Nach Einzelheiten der Gründung, die die eifrigste Förderung der notwendigen Beschaffung verdient, können wir aus Mangel an Raum morgen berichten.

Dem Volkstagspräsidenten will die deutschnationale Fraktion nunmehr ihren Vorschlag Dr. Z. e. i. d. l. vorbringen. Die Wahl ist bereits auf die Tagesordnung der nächsten Volkstagsitzung, die am Donnerstag stattfindet, gesetzt.

Eine Mahnung zur Steuerzahlung veröffentlicht die Steuerliste im Angelegenheit der heutigen Ausgabe.

Varietés Wintergarten. Die Eröffnung, mit der die Endämpfe zum Austrag gelangen, zeigte eine besondere Schärfe bei dem gestrigen Entscheidungsspiel zwischen Petrovitsch und Freisinger. Der Russe zog sich eine weitere Verwundung zu, unterlag jedoch in der 27. Minute durch seine eigene Schuld, indem er sich in die Schützenlinie schaltete. Jan Jaeger, der von seinem vorgerückten Zustand zurückgefallen war, wurde durch den Fall des Russen gegen die Wand in der 18. Minute auf. Der Danziger verlor jedoch auf den ihm laut Reglement zustehenden Sieg. Heute findet die Wiederaufnahme des Entscheidungsspiels Petrovitsch-Köppel, sowie der große Revuekampf zwischen Freisinger und Schwarz statt.

Saisonabschluss im Varietés Wintergarten. Das beliebte Sommer-variétés am Claraer Tor beendet mit dem 30. September seine diesjährige Spielzeit. Aus diesem Anlaß veranstaltet die Direktion nach Schluß der letzten Vorstellung am Freitagabend in den vorderen Räumen eine festliche, wohlwollende Charakter, die insofern noch eine besondere Note erhält, als auch eine Siegesfeier für die aus der großen Ringkampfsportart um den Goldpokal von Danzig hervorragenden Sieger mit ihr verbunden sein wird. Die zahlreichen Freunde des Wintergarten werden die Gelegenheit gewiß gern wahrnehmen, um an dieser Saisonabschluss und Siegesfeier teilzunehmen und dort einige frische und gemütliche Stunden zu erleben.

Vom Dach gestürzt ist gestern nachmittag der Dachdecker S. B. Er war mit einem Kollegen am Dach der Fuhrenfabrik beschäftigt als er auf dem steilen Dache abglitt und vor den Augen der Passanten hinunter in den Vorgarten stürzte. Sicherheitspolizei kam hinzu und trug ihn schwerverletzt fort. Er wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

# Veranstaltungs-Anzeiger

**Republikanischer Nacht-Tanzabend:**  
Sonderabend am Donnerstag, den 29. Sept., abends 7 Uhr.  
Ort: Danziger Musiksaal, Danziger Musiksaal, Danziger Musiksaal.  
1. Vortrag des Gen. Kommandanten Kulturvereinigungen der Arbeiter.  
2. Rede des Gen. Kommandanten Kulturvereinigungen der Arbeiter.  
3. Rede des Gen. Kommandanten Kulturvereinigungen der Arbeiter.

**Reise des Gen. Kommandanten Kulturvereinigungen (Hilfskomitee):**  
Donnerstag, den 29. Sept., abends 6 Uhr im Danziger Musiksaal.  
Mitglieder-Versammlung.

**Reise des Gen. Kommandanten Kulturvereinigungen (Hilfskomitee):**  
Mittwoch, den 28. Sept., abends 7 Uhr im Gymn. in der Reiterstraße.  
Vortrag: Kultur- und Reiseabend. Musikanten, Musiker und Musikanten haben herzlich zu erwidern. Eltern und Freunde der Jugend herzlich willkommen.

**Reise des Gen. Kommandanten Kulturvereinigungen (Hilfskomitee):**  
Donnerstag, den 29. Sept., abends 7 Uhr im Gymn. (soz. Schule).  
Vortrag des Gen. Kommandanten Kulturvereinigungen: „Die moderne Jugendbewegung“.

**Reise des Gen. Kommandanten Kulturvereinigungen (Hilfskomitee):**  
Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr im Gymn. (Eldstr.)  
Vortrag: Kultur- und Reiseabend. Musikanten, Musiker und Musikanten haben herzlich zu erwidern. Eltern und Freunde der Jugend herzlich willkommen.

### Heutiger Devisenstand in Danzig.

Deutsche Mark: (Kurs 1,76) 1,67	am Vortage 1,85
Dollar: 1,27	1,21 1/2
Engl. Pfund: -	433
Frank. Franken: -	803-34
Schweiz. Franken: -	1923



Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolge, für Freistaatpolitik, Politik und den übrigen Teil Herr Dr. Weber, beide in Danzig; für die Internationale Bruno Gwert in Oden. Druck und Verlag von J. G. H. u. Co., Danzig.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

### Öffentliche Steuermahnung.

Die rückständigen Steuern für das 1. und 2. Vierteljahr (April/September) 1921 sind bis zum 3. Oktober d. J. an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.

Von diesem Tage ab werden die Steuern kostenpflichtig belagert.

Bei Zusendung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung unter genauer Bezeichnung des Abenders und des Steuerzeichens so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 3. Oktober d. J. der Kasse zugeführt ist, widrigenfalls die Beitreibungskosten fällig werden und mit einzuliefernden sind.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 7 der Verordnung betreffend das Verwaltungszwangsverfahren vom 15. November 1899.

Mahnung des einzelnen Steuerschuldners erfolgt nicht.

**Kassenstunden:**  
werktätlich 7 1/2 - 12 Uhr vormittags.  
Vom 1. Oktober ab von 8 1/2 - 1 Uhr vorm.  
Danzig, den 23. September 1921. (5223)  
Städtische Steuerkasse.

**MODERNE KUNST LICHTSPIELE LANGFUHR**

Heute besonders gut gewähltes Programm!

### Die Glücksfalle.

Nach dem Ullstein-Roman. Selten schönes Filmwerk mit der beliebten Künstlerin

### Lotte Neumann.

### Der Brand im Varietés Mascotte

Großes Gesellschaftsdrama von Lydia Richter.

### Leute ohne Kinder!

Lustspiel mit Karlehen

Ab Freitag: Der große Raubfilm **Der Herr der Bestie!**  
Ab Dienstag: Der Welt größter Film **Anna Boleyn** mit Henry Forten.

In Kürze: **Die Geierwally!**

### Kammerlichtspiele

### Der Reiter ohne Kopf

Harry Ells schwarzer Sieg!

## KASINO ZOPPOT

Freitag, den 30. d. Mts., nachmittags 5 Uhr

# 1. Gesellschaftstag

mit TANZ und

## künstlerischen Veranstaltungen

Mitglieder Eintritt frei - sonst 6 Mk. (Karten an Theaterkasse)

### Fahrräder

prima Verfertigung, mit Qualitätswaren, zu den billigsten Tagespreisen. Großes Lager in Danzig und Zwickau.

### Reparaturen

sachgemäß, schnell u. billig.

### Erstes Danziger Fahrrad-Haus

Rühl u. Heldenreich, Brückstraße 24, Tel. 2761.

### Ein Überzieher und Fahrrad

zu verk. Sömer, Schenweg 14, 126, 314.

### Deutschkundliche Woche Danzig

4. bis 8. Oktober. Näheres: Stadtgraben 5 (Verkehrszentrale) Fernspr. 549. Deutscher Heimatbund

### Lichtbild-Theater

III. Damm 3. (5219)  
Spielplan v. 28. - 30. Sept. 1921

Nur 3 Tage!

### Der Mann ohne Namen!

Sensations-Abenteuer-Fortsetzungsfilm in 6 Teilen nach dem Roman „Peter Voß, der Millionendieb“

II. Teil: **Der Kaiser der Sahara**  
Fünf Akte: spannende Akte, Hauptdarsteller Harry Liedtke / Mady Christians / Erich Kaiser-Tietz

Die Millionenbraut || Vally nachtwandelt  
Schwank in 3 Akten || Lustspiel in 3 Akten

## Bahn-Kranke

werden sofort kostenlos behandelt ohne lange Wartezeit. Neue Gebisse, Umarbeitungen, Reparaturen in allen Fällen an einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte, Goldbrücken, Kronen usw. in Gold unter voller Garantie.

Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.

Sprechzeit 8-7, Sonntags 9-12.

### Institut für Zahnleidende Wessersfeld 71

Telephon 2621. (5246)

## Möbel

in großer Auswahl **Bilder** sowie

noch immer billig bei

### Dag. David Nabilg.

Mittel Erben 11. (5161)

Stroh-Panama-Valour-Für-

# Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer kleinen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Anfertigung in kürzester Zeit

umgepreßt, gewaschen und gefärbt.

### Stroh- und Filzhat-Fabrik Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle nur Lawendalgasse Nr. 6-7. (gegenüber der Markthalle). (5228)

## Gedania-Theater

Schönheitsdamm 53/54 (5153)

Ab heute nur bis einschl. Sonnabend Das sehenswerte Programm!

### „Störtebeker“

Aus dem Leben und Treiben eines hervorragenden Seeräbers von das Jahr 1400; in 6 großen, spannenden, sensationellen u. inhaltreichen Akten

sowie: Der große Kariboo-Film

### „Hohelt auf der Walze“

Lustspiel in 4 Akten mit Karl Viktor Plagge.

Empfehle zur bevorstehenden Saison meine

## Möbel-Berkauf, sehr billig

gange Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel. Auch Bureau-Möbel.

Möbel- und

### Otto Eltermann, Postenwaren-Gebild.

3. Damm Nr. 2 - Telefon 5622 (5222)

## W. F. Bureau, Danzig

Langgasse 39/40  
Langgasse, Hauptstraße 107

## Theater- und Wäschengarderoben

zu den billigsten Preisen. (5176)

B. Korsch, jetzt Hundegasse 60.

## Neue Fernsprechanhänge:

Notruf 5686, 5687, 5688

anstelle der bisherigen Nummern.

## Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3 neben der Tabakfabrik M. A. Hassa.

Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren

Anfertigung aller Herrenkleider nach Maß

Spezialabteilung für Damen-Kostüme und -Mäntel Herren-, Knaben- und Kinder-Konfektion Berufskleidung. (4780)

## Viktoria-Erbien,

vortrefflich Kochend, und weiche Speisebohnen

offertiert preiswert (5214)

### Rudolf Prantz, Hopfengasse 29.

## Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

### Nähmaschinen

gar. neu, nur beste Fabr. von 750 Mk. an.

Reparatur- und Ersatzteile.

### Bernstein & Comp.

Danzig, Langgasse 40, neben dem Rathaus.

## Holz-Berkauf

ab heute eröffnet. (5212)

Fr. 12 Mathias.

### Achtung!

Romme und gabte die allerhöchsten Preise für getragene Herren- u. Damenkleider sowie Militärsachen, Wäsche und Fußgänger.

J. Aronowitsch, 4. Damm Nr. 12.

### Achtung!

Romme und gabte die allerhöchsten Preise für getragene Herren- u. Damenkleider sowie Militärsachen, Wäsche und Fußgänger.

J. Aronowitsch, 4. Damm Nr. 12.

# Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.  
 Mittwoch, den 28. September, abends 7 Uhr:  
 Dauerkarten A 1. **Neu einstudiert!**  
**2 mal 2 gleich 5**  
 Saitenspiel in 4 Akten von Oskar Wild.  
 In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Weeg.  
 Inspektion: Emil Werner.  
 Thomas Hamann, Rechnungsrat Carl Brühl  
 Maria, seine Frau Frieda Regwald  
 Eber Abel Erka Fels  
 Friedrich Hamann (Herrn) Frh. Blumhoff  
 Mathias Hamann, Schulvorsteher Adalbert Gausche  
 Paul Abel, Schriftf. u. Lehrer Rudolf Schwanneke  
 Gerhard Konik, Karikaturzeichn. Arthur Armand  
 Lina, seine Frau Martha Kaufmann  
 Wilma Truesen Jenny v. Weber  
 Othello Küstig, Setzere Margalena Kowalski-Dichtenstein  
 Hugo Jürgensen, Rennfahrer. Gotthar Bähring  
 Die Kammerherrin Joh. Proft-Galleische  
 Der Gefängnisprediger Ferdinand Meuser  
 Stueris, Gefängniswärter Erich Sternack  
 Ein Schutzmann Alfred Brandes  
 Ein Gefangener Gustav Nord  
 Ein Dienstmann Arthur Heise  
 Dora, Dienstmädchen bei Abels Frieda Werner  
 Ende gegen 9 1/2 Uhr.

# Reichshof-Palast

Danzigs vornehmstes Weinhau und eleganteste Bar  
 Täglich 4-Uhr-Gesellschaftstee mit Tanzvorführungen und Gesang  
**Donnerstag, den 28. September:**  
**Abschieds- und Ehrenabend**  
 des ganz vortrefflichen in seiner Kunst unerreichten Tänzerpaares  
**Ellnor und Enrique Harrys**  
 aus LIMI Pöllinger und Dir. Karnbach  
 Zwei Kapellen Nachbestellungen rechtzeitig erbeten  
 5317

# Linden-Restaurant und Café

Allstädtischer Graben 93. Gegenüber der Markthalle  
 Täglich ab 6 Uhr:  
**Urfideler Original-Jazzband**  
 mit vielseitigen Solovorträgen  
 Sonnabend, den 1. Oktober:  
**Benefiz**  
 für den beliebten Pianisten Symon Katschek  
 mit großem Programm. 5322

# Wilhelm-Theater

verablagt mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann  
 Heute, Mittwoch, den 28. Sept., abds. 7 1/2 Uhr:  
**„Die Sade mit Lola“**  
 Freitag, den 30. September, abends 7 1/2 Uhr:  
**„Die Fledermaus“**  
 Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlmarkt,  
 von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr  
 an der Theaterkasse. (4996)  
 Kassenöffnung 6 Uhr

# HOTEL Danziger Hof

Direktion Alex Braune  
**Wintergarten**  
 5-Uhr-Tanz-Tee  
**Pirnikoff und Pirnikoffskä**  
 in ihrem Tanzskotisch  
**v. Rogé und Yvonne**  
 zeigen Modelänze  
 Eigene Konditorei! American Bar!  
**ABENDS REUNION**  
 Vorzügliche Küche!  
 Große Auswahl gutgepflegter Weine  
 erster Danziger Firmen!  
 Musterhafter Restaurationsbetrieb!  
 5000

# Schützenhaus

Monte abend 7 1/2 Uhr (kleiner Saal):  
**Reinhold Gerling-Vortrag**  
 Durch Willensbildung und  
**Nedichtskraft zum Lebenserfolg.**  
 Morgen, abends 7 1/2 Uhr (großer Saal):  
**Das Geschlechtsleben der Ledigen.**  
 Aus dem Inhalt: Das Erwachen und die Macht  
 des Geschlechtstriebes. — Der Drang nach  
 Entspannung. — Geheime Sünden und ihre  
 Folgeerscheinungen. — Die polygame Ver-  
 anlagung vor der Reife. — Die sittliche For-  
 derung. — Ist Enthaltsamkeit möglich? — Ist  
 sie schädlich? — Frühreife und Prostitution. —  
 Das angebliche Sinken der Sittlichkeit. — Der  
 Geschlechtsverkehr der Ledigen eins! und  
 jetzt. — Ursachen der Ehescheu. — Wie  
 kann der Ledigen geholfen werden?  
 Nach jedem Vortrage Beantwortung schrift-  
 licher Anfragen. — Karten zu Mk. 8.—, 6.—,  
 4.50, Sitzplätze 3.50 bei Hermann Lau, Lang-  
 gasse 71 und an der Abendkasse. (5212)

# Schützenhaus

Kleiner Saal  
 Donnerstag, den 29. September, abends 8 Uhr:  
**Lieder- und Arien-Abend**  
 von  
**Clara Maria Elshorst**  
 (Alt), Berlin.  
 Programm:  
 Arien von J. S. Bach, d'Asforge, Salvatore Rosa,  
 Handel. Lieder von Brahms, Schubert.  
 Am Flügel: Herr Musikdirektor Frh. Binder.  
 Filoge I: Buch aus d. Magazin Otto Heinrichsdorf  
 Eintrittskarten zu 20.—, 15.—, 10.—,  
 5.— M. einschl. Steuer in der Musikalien-  
 handlung Lau und an der Abendkasse. (5207)

# Billige Strümpfe

Heute können Sie aus meinen großen, frühzeitig erworbenen  
 Vorräten noch außerordentlich günstig kaufen

<b>Damenstrümpfe</b> schwarz, Baumwolle, gewebt, englisch lang. . . . .	4 <sup>75</sup>	<b>Damenstrümpfe</b> Wolle, gewebt, englisch lang nur in schwarz. . . . .	24 <sup>00</sup>
<b>Damenstrümpfe</b> schwarz und lederfarbig, Baumwolle, völlig nahtlos, doppelte Spitze und Hacke . . . . .	7 <sup>75</sup>	<b>Damenstrümpfe</b> Reine Wolle blauschwarz, extra lang, Fuß nahtlos . . . . .	29 <sup>75</sup>
<b>Damenstrümpfe</b> schwarz, nahtlos, mit Doppelsohle und Hochferse, besonders haltbar . . . . .	12 <sup>75</sup>	<b>Damenstrümpfe</b> Feine Cachemirewolle nahtlos, schwere Qualität . . . . .	35 <sup>00</sup>
<b>Damenstrümpfe</b> schwarz, dichtes Gewebe, Doppelsohle und Hochferse . . . . .	16 <sup>75</sup>	<b>Damenstrümpfe</b> In Cachemirewolle extra schwer, aus allerbestem Material hergestellt	48 <sup>75</sup>

<b>Herren-Socken</b> grau, gestrickt, für empfindliche Füße . . . . .	6 <sup>25</sup>	<b>Herren-Socken</b> in modernen Farben, Baumwolle gewebt . . . . .	7 <sup>75</sup>
<b>Herren-Socken</b> reine Wolle, gestrickt, schwarz und grau . . . . .	13 <sup>75</sup>	<b>Herren-Socken</b> fein gewebt, mit farbigen Langstreifen . . . . .	13 <sup>75</sup>

<b>Kinderstrümpfe</b> schwarz Baumwolle, 1x1 gestrickt		<b>Kinderstrümpfe</b> schwarz, Wolle plattiert, außerordentlich haltbar	
Größe 3 4 5 6 7 8 9		Größe 3 4 5 6 7 8 9	
Paar 5 <sup>50</sup> 6 <sup>25</sup> 7 <sup>00</sup> 7 <sup>75</sup> 8 <sup>50</sup> 9 <sup>25</sup> 10 <sup>00</sup>		Paar 15 <sup>75</sup> 17 <sup>25</sup> 18 <sup>75</sup> 20 <sup>25</sup> 21 <sup>75</sup> 23 <sup>25</sup> 24 <sup>75</sup>	

<b>1x1 gestrickte Damenstrümpfe</b> schwarz Baumwolle, extra lang, ohne Naht, besonders kräftig . . . . .	12 <sup>75</sup> 16 <sup>50</sup>	<b>Deutschlg. Frauenstrümpfe</b> schwarz, Baumwolle gestrickt . . . . .	9 <sup>75</sup> 11 <sup>75</sup>
--	-----------------------------------	--	----------------------------------

**R-Seidene Damenstrümpfe** nur in schwarz **19<sup>75</sup> 32<sup>75</sup> 38<sup>75</sup>**

Beachten Sie meine Spezial-Strumpfenster in Danzig und Langfuhr

Ein Posten elegante  
**farbige Damenstrümpfe**  
 in grau, leder, woinrot, braun, la Fior  
**15.75**

**Sternfeld**